as deutsche Wahlbuch 1920

Ein Führer durch das deutsche Parteiwesen

von

Dr. Walmann

Motto:
Niemand zu Liebe!
Niemand zu L

AUGUST SCHERL G

Inhaltsverzeichnis

Was das Deutsche Wahlbuch will.

Das Deutsche Wahlbuch 1920 hat sich nicht die Aufgabe gestellt, eine bürokratische Aneinanderreihung von Parteiprogrammen, Wahlaufrufen und sonstigen Parteikundgebungen zu bringen, denn dieses Material wird von den Tageszeitungen sowie in Flugschriften während des Wahlkampfes zur Genüge verbreitet. Das Deutsche Wahlbuch geht von dem Grundsatze aus, daß die allgemeine politische Lage des Reiches und die Mitwirkung der einzelnen Parteien an der Herbeiführung dieser allgemeinen Lage unseres Vaterlandes für die Wahlentscheidung der einzelnen Wahlberechtigten maßgebend sind. Deshalb wird in den folgenden Kapiteln der Zustand geschildert, in dem sich das Deutsche Reich zur Zeit der ersten republikanischen Reichstagswahlen befindet, und es wird nachgewiesen, welchen Anteil die einzelnen Parteien daran haben: an ihren Werken sollt ihr sie erkennen! Die offizielle Stellungnahme der Regierung und der Parteien zu den schicksalsschweren politischen Fragen der jüngsten Vergangenheit und der Zukunft wird beleuchtet und mit den Programmen verglichen. Es wird also im Deutschen Wahlbuche nicht bei dem leeren Worte, bei Versprechungen, bei tönenden Kundgebungen haltgemacht, sondern das tatsächliche Handeln der Regierung und der Parteien wird wahrheitsgemäß festgehalten. Nur so kann der Wähler ein objektives Bild gewinnen Hierbei wird aber nicht nach dem Urteil des Verfassers verfahren, sondern es sind sorgfältig die Meinungen und Stimmungen aus der Wählerschaft aller Parteien zusammengetragen, so daß Leser und Leserinnen nicht nur die Urteile im eigenen Lager wiederfinden, sondern auch über die im anderen unterrichtet werden. Das ist der wahre Zweck des Deutschen Wahlbuches, der das Motto rechtfertigt: Niemand zuliebe, niemand zuleide! Außerdem gibt das Deutsche Wahlbuch interessante statistische Wahlangaben, eine Wahlanleitung nach den Vorschriften des neuen Wahlgesetzes, Wahlgebote u. a. m. Möge das Deutsche Wahlbuch 1920 ein sicherer Führer durch das deutsche Parteiwesen, ein unentbehrliches Wahlhandbuch für jedermann werden!

Die verfassunggebende deutsche National-versammlung.

Rückblick.

Das deutsche Kaiserreich ist nach 47jährigem Bestand infolge der am 9. November 1918 ausgebrochenen Revolution durch die deutsche Republik abgelöst worden. Die Revolutionsregierung schrieb Wahlen zur „verfassunggebenden Nationalver-stmmlung" auf den 19. Januar 1919 aus. Die Nationalversammlung sollte die neue Reichsverfassung und als sonstige dringende Reichsgesetze in erster Linie die Ausführungsgesetze zur Reichstagswahl und zur Wahl des Reichspräsidenten beschließen, wie aus ihrer amtlichen Bezeichnung, „verfassunggebende Nationalversammlung", hervorgeht. Auf Grund dieser neuen Reichsverfassung sollten dann unverzüglich Neuwahlen zum ersten republikanischen Reichstage ausgeschrieben werden. Dieses Programm ist nicht erfüllt worden. Die Nationalversammlung ist fünf Vierteljahre zusammengeblieben und hat einer großen Zahl bedeutsamer Gesetze zur Rechtskraft verholfen, unter denen die Steuergesetze die einschneidendsten für unser Wirtschafts- und Staatsleben, wie für jeden einzelnen Staatsbürger sind. Das Fortwirken der Nationalversammlung über ihre verfassunggebende Aufgabe hinaus hat in weiten Kreisen der deutschen wahlberechtigten Bevölkerung Widerspruch gefunden, wodurch dann aus diesem Grunde und in der Folge aus mancherlei anderen Ursachen eine nicht verkennbare politische Umstimmung auch in den Wählermassen der Mehrheitsparteien der Nationalversammlung einsetzte. Diese Bewegung erklärt sich daraus, daß die beiden Revolutionsparteien, die den Umsturz am 9. November 1918 vollzogen, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands und die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands, bei den Wahlen zur verfassunggebenden Nationalversammlung nicht vermocht hatten, eine absolute Mehrheit der Wählerstimmen auf sich zu vereinigen obwohl die Frauen, die 20—25jährigen Personen und die Personen des Soldatenstandes mitwählten und obwohl den beiden genannten Parteien der Umsturz im November 1918 geglückt war. Um die zur Beschlußfassung über die neue Reichsverfassung erforderliche Mehrheit zu erlangen, besonders weil die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands sich in die Opposition gegen

die Sozialdemokratische Partei Deutschlands begeben hatte, mußten die sogenannten Mehrheitssozialisten um Scheidemann mit bürgerlichen Parteien paktieren. Hierzu fanden sich die „Christliche Volkspartei" (Zentrum) und die neugebildete „Deutsche Demokratische Partei", die sich unmittelbar nach der Revolution konstituiert hatte, bereit. Dieser Pakt konnte zwar notdürftig äußerlich halten, die Stimmung in den Wählermassen konnte er dauernd nicht befriedigen.

Bei der Christlichen Volkspartei (Zentrum) war für diesen Entschluß die meist angewendete Taktik des Zentrums maßgebend, „an der Macht zu bleiben". Das Zentrum besteht in sich aus drei Gruppen, dem rechten Flügel, der im allgemeinen mit den rechten Parteien sympathisiert, dem mittleren Teil, der am liebsten stets die Politik der mittleren Linie hielte, und dem linken Flügel, der demokratisch orientiert ist und die Verhandlungs- und Handlungsbrücke zu den Mehrheitssozialisten zu bilden pflegt. In diesem linken Flügel hatte es der Abgeordnete und spätere Reichsfinanzminister Erzberger zu maßgebendem Einfluß gebracht, der sich in der zweiten Hälfte des Krieges, in der Revolutions- und Nachrevolutionszeit auf Mitte und rechten Flügel der Partei ausdehnte, obwohl Erzberger sozusagen mit der Revolution mitging, sich also immer mehr nach links orientierte. Erzberger darf als der führende Demokrat des Zentrums, als solcher hat er selbst sich mehrfach bezeichnet, angesprochen werden. Sein zunehmender Einfluß auf die Partei ist dem schon erwähnten Prinzip des Zentrums, an der Macht zu bleiben, und dem Grundsatz zuzuschreiben, weder einen Riß im Zentrum zuzulassen, noch einzelne Mitglieder preiszugeben. So kann man also sagen, daß die Christliche Volkspartei (Zentrum) mit Überzeugung nur in ihrem demokratischen Bestandteil an der Mehrheitsbildung der Nationalversammlung beteiligt war, der übrige, stärkere Teil der Partei folgte aus den gekenntzeichneten parteitaktischen Gründen. Es ist daher kein Wunder, daß die Zentrumsabgeordneten die Verlängerung des Bestandes der Nationalversammlung nach außen geschlossen mit machten, daß aber die Zentrumswähler eines Teils der Mitte und des rechten Flügels der Partei dagegen murrten.

Die Deutsche Demokratische Partei folgte den Mehrheitssozialisten geschlossener als die Christliche Volkspartei (Zentrum), obwohl einzelnen ihrer Mitglieder, die aus der früheren nationalliberalen Partei stammen, von der die Sozialdemokratie heftig bekämpft wurde, dieser Weg schwer genug geworden ist. Die aus der Revolution neu erstandene demokratische Partei wollte

mit der Sozialdemokratie an der Macht sein, um ihren Wählern positive Leistungen, zum mindesten Einfluß auf die Staatsgeschäfte vorweisen zu können. Von Berlin erst einmal abgesehen, hatten sich indessen zahlreiche Wähler die deutsche Demokratie anders vorgestellt als im Zusammengehen mit der Sozialdemokratie, so daß in diesen Kreisen die Abneigung gegen die Verlängerung der Nationalversammlung wuchs, etwa in dem gleichen Grade, wie sich die demokratische Parteileitung mit Erzberger und den Mehrheitssozialisten engagierte.

Die beiden rechten Parteien, die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei, waren durch die Revolution in die Opposition gedrängt. Sie waren mit ihrer Wählerschaft für baldige Wahlen zum Reichstage. Wenn beide Parteien trotzdem an den Gesetzen mitarbeiteten, die eigentlich erst Aufgabe des zu wählenden Reichstages waren, so lag das in ihrer Tradition positiver Arbeitsleistung, nicht negativer Opposition, und in dem Erkennen, ihre gesetzgeberischen Erfahrungen in den Dienst der allgemeinen Sache stellen zu müssen. Ihre Einwirkung auf die zustande gekommenen Gesetze ist allerdings sehr minimal geblieben; die Schuld daran darf man aber gerechterweise nicht diesen beiden Parteien zuschieben, sondern den Mehrheitsparteien (Mehrheitssozialisten — Zentrum — Demokraten.)

Die Unabhängigen Sozialdemokraten waren, wie schon gesagt wurde, in die Opposition gegangen. Sie waren ebenfalls für baldige Reichstagswahlen, weil sie die politische Bewegung in der Arbeiterschaft, aus der sich die Wähler der Unabhängigen rekrutieren, immer radikaler zu gestalten vermochten, das Wahlergebnis also für die Unabhängigen sich günstig zu entwickeln schien.

So war eine in den Wählerschaften aller Parteien, mit Ausnahme der der Mehrheitssozialisten, steigende Mißstimmung gegen das Fortbestehen der Nationalversammlung entstanden. Die Regierung vermochte nicht, sich zu baldigen Wahlen zu entschließen, stellte sie vielmehr erst zum Herbst 1920 in Aussicht. Die Erregung steigerte sich durch den Erzberger-Prozeß, Zehntausende von Wählern wollten natürlich diese Mehrheit, in deren Kabinett Erzberger so bestimmenden Einfluß hatte, nicht mehr als ihren Mandator aufgefaßt wissen. Die Mehrheitsparteien der Nationalversammlung stellten in der Tat nicht mehr den Willen der Mehrheit des deutschen Volkes dar. Der tatsächliche Inhalt der von der Nationalversammlung zustande gebrachten Gesetze, die Entlassung zahlreicher guter Beamter, um deren Stellen mit Parteigängern der Mehrheitsparteien zu be-

setzen, die fortgesetzte Beschimpfung der Reichswehr in der demokratischen und sozialdemokratischen Presse, die Wahl der Minister nicht nach Fachkenntnissen, sondern nach Parteizugehörigkeit, die Genehmigung des Versailler Friedensvertrages einschließlich der Auslieferung verdienter deutscher Männer an feindliche Gerichte, die stetig zunehmende Verschlechterung der Lebensbedingungen, der Moral, der Sicherheit, der Hygiene, kurz des ganzen öffentlichen Lebens in Deutschland, hatten den Rückhalt der Mehrheitsparteien bei der Wählerschaft vollends erschüttert.

Als dazu sich eine Bewegung bei den Fraktionen der Mehrheitsparteien entwickelte, die eben erst geschaffene Verfassung wieder abzuändern, nachdem der Name Hindenburg als Kandidat für die Präsidentschaft des Deutschen Reiches aufgetaucht war, wurde der Unwille allgemein. Nicht, daß alle, die gegen eine Änderung der soeben geschaffenen Reichsverfassung waren, mit Hindenburgs Wahl einverstanden gewesen wären — das immer noch vorhandene deutsche Rechtsgefühl sträubte sich gegen dieses „Ausnahmegesetz", weil es gerade von den sozialdemokratischen und demokratischen Männern ausging, die sich energisch gegen jede Ausnahmegesetzgebung ausgesprochen hatten. Auch die Wähler, die sich vorerst mit den durch die Revolution geschaffenen Tatsachen, insbesondere mit dem Begriff der Demokratie, abgefunden hatten, sahen sich durch diese flagrante Verletzung des demokratischen Prinzips enttäuscht. Da in dem vorliegenden Buche lediglich eine Feststellung von Tatsachen erfolgen soll, muß wahrheitsgemäß konstatiert werden, daß die unzeitige Präsentation des Feldmarschalls v. Hindenburg als Reichspräsidenten und besonders die Art, in der sie erfolgte, selbst in Kreisen Mißfallen erregt hat, die dem hochverdienten Heerführer verehrungsvoll ergeben sind. Diese berechtigte Kritik an einer zum mindesten taktisch ungeschickten politischen Aktion hat indessen die Abneigung gegen ein Ausnahmegesetz nicht aufzuheben vermocht und hat ebensowenig die Verehrung für den Feldmarschall geschmälert, weil er sich nicht zu seiner Präsentation gedrängt hatte, sondern zu ihr gedrängt worden war. So war die Nationalversammlung und das mit ihr unlösbar verknüpfte Kabinett in stärksten Mißkredit auch bei den Wählern der Mehrheitsparteien, mit Ausnahme der Mehrheitssozialisten, geraten. Im parlamentarischen Staatsleben ist das Kabinett so lange unslösbar mit dem Kredit des Parlaments (Nationalversammlung) verknüpft, als es nicht trotz oder gerade wegen der parlamentarischen Staatsform mit kundigen Fachministern, ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit, besetzt ist. Bis jetzt sind aus-

schließlich Parteigänger der Mehrheitsparteien, nicht fachkundige Männer an die Spitzen der Reichsministerien berufen worden.

In diese Situation weitgreifender Unzufriedenheit mit unseren politischen und wirtschaftlichen Zuständen, die von den Mehrheitsparteien der Nationalversammlung mit herbegeführt und durch die Hinausschiebung der Reichstagswahlen von ihnen gedeckt wurden, platzte die unglückselige Expedition Kapp-Lüttwitz nach Berlin. Obwohl das politische Programm Kapp-Lüttwitz in seinen wesentlichen Punkten den Wünschen der Mehrheit des deutschen Volkes Rechnung trug, Fachminister, baldige Reichstagswahlen, Wahl des Reichspräsidenten durch das Volk, wurde das Unternehmen der beiden Männer auch von der Mehrheit der Kreise abgelehnt, deren Programm sie vertraten. Es sei hier, ebenfalls der gebotenen Objektivität wegen, ausdrücklich festgestellt, daß eine Mehrheit für die Durchsetzung auch berechtigter politischer Forderungen mit Waffengewalt weder im deutschen Volke, noch bei irgendeiner Partei zu haben war. Deshalb mußte die Kappiade mißlingen.

Nationalversammlung und Kabinett begaben sich nach Stuttgart. Dieses Weichen vor dem Wollen weniger Männer sah nicht gut aus und diente nicht zur Stärkung des Ansehens von Nationalversammlung und Kabinett. Eine andere Frage ist es, ob nicht die „Flucht“ vom Standpunkte der Mehrheitsparteien und des Mehrheitskabinetts taktisch geschickt war. Immerhin mußte das Kabinett umgebildet werden, wenn es dadurch auch nicht besser oder gehaltvoller geworden ist.

Die zweite Folge der Kapp-Expedition ist die frühere Ansetzung der Reichstagswahlen, während sie vordem erst im Herbst stattfinden sollten. Da die Mehrheitsparteien und das Kabinett für späte Wahlen waren und nunmehr den schleunigsten Wahltermin festgesetzt haben, müßte normalerweise eine Sinnesänderung eingetreten sein, denn man kann doch nicht annehmen, daß Nationalversammlung und Kabinett wesentliche Punkte aus dem Programm Kapp übernommen hätten. Fast scheint es doch so, denn es ist nunmehr auch ein Ausführungsgesetz für die verfassungsgemäße Wahl des Reichspräsidenten direkt durch das Volk eingebracht worden. Außerdem wurde nach dem Kapp-Unternehmen der Versuch gemacht, in dem Generaldirektor der Hamburg-Amerika-Linie wenigstens einen Fachminister für das Reichsfinanzministerium zu gewinnen. Geheimrat Cuno hat abgelehnt, er wollte wohl nicht der einzige seiner Art im Reichskabinett sein. Das allgemeine Urteil

über diese Maßnahmen oder Versuche der Regierung geht dahin, daß es sich um taktische Manipulationen handele sowie um Beruhigung der Öffentlichkeit über die Wahlform für die Reichspräsidentschaft und um Erweisung des guten Willens, Fachminister zu gewinnen. Die Änderung im Wahltermin beurteilt man in allen Kreisen ziemlich gleichmäßig, indem man meint, vor der Kappexpedition fürchteten Mehrheitsparteien und Kabinett wegen der allgemeinen Unzufriedenheit einen starken Ruck nach rechts bei den Wahlen, deshalb scheute sie sich vor dem frühen Wahltermin, es könnte doch, so kalkulierte man, eine bessere Situation schon deshalb kommen, weil eine schlechtere für die Mehrheitsparteien fast unmöglich schien.

Diese bessere Situation sei, sa sagt man allgemein, in den Augen der Mehrheitsparteien und des Kabinetts durch die Kapp-Expedition scheinbar, tatsächlich aber nicht, eingetreten. Deshalb gegen früher die baldigen Wahlen. „Gegen die Reaktion" werde Wahlparole werden. Es liegen indessen, auch dies muß der gerechte Chornist erwähnen, schon jetzt sichere Anzeichen dafür vor, daß die Kapp-Expedition ohne wesentlichen Einfluß auf die Wahlen bleiben wird. Die Mißwirtschaft vor dem 13. März 1920 war zu riesengroß, als daß sie durch ein paar Tage Kapp-Regiment vergessen werden könnte, zumal sie sich nach dem keineswegs verringert hat. Da außerdem die rechtsstehenden Wähler mit der Kapp-Expedition ebensowenig einverstanden waren wie mit dem derzeitigen Kabinett, liege für sie auch keinerlei Anlaß vor, ihre Anschauungen zu ändern. Diese Beweisführung, das muß zugegeben werden, hat manches für sich.

So geht denn die regierende Mehrheit der Nationalversammlung einem unrühmlichen Ende entgegen. Wenn diese Schrift, deren strenge Sachlichkeit vielleicht manchem temperamentvollen Parteigänger nicht gefallen dürfte, in die Hände der Leser gelangt sein wird, dann werden alle Hoffnungen des deutschen Volkes auf die nahen Reichstagswahlen gerichtet sein. Mögen sie die innere Erstarkung des Volkskörpers, den Wiederaufbau der Wirtschaft, die Heilung unzähliger schwerer Wunden bringen, die uns eine furchtbare Zeit geschlagen hat!

Verzeichnis der von der Nationalversammlung erledigten Gesetze.

Die verfassunggebende Nationalversammlung hat die nachstehende ungeheure Massenproduktion an Gesetzen zu verzeichnen. Bei den einzelnen Gesetzen ist die Stellungnahme der Parteien vermerkt, um deren Wirken verfolgen zu können.

Abstimmungen in der Nationalversammlung bis Mitte April 1920.

Gesetz	Datum	dafür	dagegen
1. Provisorische Reichsgewalt	10. 2. 19	DN. bis S.	U.
2. Belgische u. französische Betriebseinrichtungen .	19. 2. 19	(kein Widerspruch)	
3. Nachtrag zum Etat 1918	20. 2. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
4. Diäten der Abgeordnet.	21. 2. 19	alle	
5. Vorläufige Reichswehr .	27. 2. 19	DN. bis S.	U.
6. Hilfsmitglieder im Patentamt	"	(kein Widerspruch)	
7. Notgesetz für Elf.-Loth. .	"	"	
8. Übergangsgesetz . . .	28. 2. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
9. Agiohandel mit Banknoten	1. 3. 19	alle	
10. Ausländische Wertpapiere	"	"	
11. Einsiedlung von Wertsachen	"	"	
12. Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen.	"	"	
13. Schutz gegen Folgen der Verkehrserschwerung . .	"	"	
14. Vergütungen von Kriegsleistungen	"	"	
15. Sozialisierung	13. 3. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
16. Kohlenwirtschaft . . .	"	Z. D. S. DN (Mindh)	DN. Mehrh. DV. U.

Gesetz	Datum	dafür	dagegen
17. Russische Zahlungsmittel	13. 3. 19	DN. bis S.	U
18. Reichsbankbesteuerung .	26. 3. 19	alle	
19. Württemb. Biersteuer .	"	"	
20. Gehalt des Reichspräsidenten	29. 3. 19	DN. bis S.	U.
21. Vorläufiger Etat . . .	"	"	"
22. Vorläufige Marine . .	28. 3. 19	"	"
23. Sommerzeit	11. 4. 19	alle Parteien gespalten: abgelehnt	
24. Ausbildung von Kriegsteilnehmern als Richter .	"	alle dafür	
25. Änderung der Kriegssteuergesetze von 1916 .	"	"	
26. Maifeier	15. 4. 19	S. Z. (Mehrh.) D. (Mindh.)	DN. DV. U Z. (Mind.) D. (Mehrh.)
27. Ermächtigungsgesetz . .	"	Z. D. S.	DN. DV. U.
28. Kaligesetz	"	"	"
29. Ergänzung zur Steuerflucht	23. 6. 19	alle dafür	
30 Vorläufiger Etat . . .	"	DV. Z. D. S.	DN. U.
31. Bay. und Bad. Biersteuer	"	alle dafür	
32. Landkrankenkassen . .	24. 6. 19	"	
33. Frieden	9. 7. 19	Z. S. U.	DN. DV. D.
34. Ergänzung § 323 d. Z. P. O.	14. 7. 19	alle dafür	
35. Offiziersentschädigungen	18. 8. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
36. Siedlung	19. 7. 19	DN. bis S.	U.
37. Goldzölle	"	"	"
38. Kaliabsatz	"	"	"
39. Kleingarten-Ordnung . .	"	alle dafür	
40. Verfassung	31. 7. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
41. Ergänzung der Besoldungs-Gesetze	8. 8. 19	alle dafür	
42. Maßnahmen gegen Kapitalabwanderung . . .	16. 8. 19	DN. bis S.	U.
43. Grunderwerbssteuer . .	"	"	"
44. Tabaksteuer	19. 8. 19	DV. Z. D. S. DN. (Mindh.)	DN. (Mehrh.) U
45. Zündwarensteuer . . .	16. 8. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
46. Spielkartensteuer . . .	"	DN. bis S.	U.
47. 1. Reichsabgaben-Ordnung	19. 8. 19	DN. DV. Z. D. S. U	Bay. VP.
48. Betriebsmittel der Reichshauptkasse	14. 8. 19	DN. bis S.	U.
49. Postgebühren	19. 8. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
50. Postscheckgesetz	"	"	"

Gesetz	Datum	dafür	dagegen
51. Telegraphengebühr . .	19. 8. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
52. Wochenhilfe	"	DN. bis S.	U.
53. Abänderung der Kohlen-Gesetze	15. 8. 19	"	"
54. Außerordentliche Kriegsabgabe	16. 8. 19	"	"
55. Kriegsabgabe vom Vermögens-Zuwachs . . .	"	Z. D. S.	DN. DV. U.
56. Kapitulantenentschädigung	18. 8. 19	DN. bis S.	U.
57. Versorgungs- und Pensions-Gesetze	"	alle dafür	
58. Erhöhung der Pensionen für Beamte über 65 Jahre	"	DN. bis S.	U.
59. Pensionen, infolge der Revolution	"	"	"
60. Erbschaftssteuer . . .	20. 8. 19	Z. D. S. DN. (Mindh.)	DN. (Mehrh.) DV. U.
61. Anleihekredit	"	DV. Z. D. S.	DN. U.
62. Ausführung zum Friedensvertrag	"	DV. bis U.	DN.
63. Enteignungen auf Grund des Friedens	"	"	"
64. Spende für das Theater in Weimar	"	DV. Z. D. S.	DN. U.
65. Vorläufiger Etat . . .	30. 9. 19	DN. bis S.	U.
66. Deutsch-polnischer Vertrag (Amnestie) . . .	15. 10. 19	alle	
67. Neue Abgabenordnung .	27. 11. 19	DV. Z. D. S.	DN. U.
68. Belagerungszustand . .	25. 11. 19	alle dafür	
69. Zölle in Gold	6. 12. 19	DN. bis S.	U.
70. Teuerungszuschläge für Rechtsanwälte	12. 12. 19	alle dafür	
71. Eisenbahnaufsicht . . .	"	"	
72. Luftfahrt	"	"	
73. Kriegsverbrechen . . .	13. 12. 19	"	
74. Beamtenvertrag mit Polen	"	"	
75. Bankgesetz	"	DN. bis S.	U.
76. Steuernachsicht . . .	17. 12. 19	DN. bis D.	S. U.
77. Kellnerinnen	"	alle dafür	
78. Glücksspiel	18. 12. 19	"	
79. Notopfer	17. 12. 19	Z. S. D. (Mehrh.)	DN. DV. U. D. (Mindh.)
80. Versailler Protokoll . .	18. 12. 19	Z. bis U.	DN. DV.
81. Nachtrag zum Etat . .	"	kein Widerspruch	
82. Gesamtetat 1919 . . .	30. 10. 19	Z. D. S.	DN. DV. U.
83. Teuerungszulage . . .	17. 1. 20	alle dafür	

Gesetz	Datum	dafür	dagegen
84. Sozialisierung der Elektrizität	18. 12. 19	Z. D. S. DN. (Mindh.)	DV. U. DN. (Mehrh.)
85. Umsatzsteuer	"	Z D. S	DN. DV. U.
86. Vertrag mit Polen betreffend Amnestie . . .	17. 1. 20	kein Widerspruch	
87. Betriebsräte	18. 1. 20	Z. D S.	DN. DV. U.
88. Kriegsverbrecher (Zusatz)	5. 3. 20	DV. bis U.	DN.
89. Vergütungen von Leistungen für die Rheinlande	8. 3. 20	kein Widerspruch	
90. Kapitalertragssteuer . .	10. 3. 20	DV. Z. D. S.	DN. U.
91. Landessteuergesetz . . .	11. 3. 20	Z. D. S.	DN. DV. U. Bay. VP.
92. Reichseinkommensteuern .	"	Z. D. S.	DN DV U.
93. Biersteuer	"	kein Widerspruch	
94. Ausführung von Artikel 13,2 der Verfassung . .	12 3. 20	kein Widerspruch	
95. Körperschaftssteuergesetze	"	Z. D. S	DN. DV. U.
96. Beschäftigung Schwerbeschädigter	"	alle dafür	
97. Konsulatsgebühren . .	30. 3. 20	kein Widerspruch	
98. Tilgung von Strafvermerken	"	"	
99. Zuständigkeit der Amtsgerichte	"	"	
100. Geltungsdauer der Gesetze betreffend Heer und Marine	"	"	
101. Nachtrag zum Etat 1919	"	"	
102. Vorläufiger Etat 1920 .	"	"	
103. Durchführung der Einkommensteuer	"	"	
104. Ablauf von Fristen . .	"	"	
105. Teilnehmer am Kapp-Putsch	"	DN. bis S.	U.

Anmerkung: Die Angabe „kein Widerspruch“ bedeutet, daß keine Partei dagegen gesprochen, der Präsident bei der Abstimmung aber nicht Einstimmigkeit sondern Mehrheit festgestellt hat. Die Stellung der Parteien ist hier nicht zu fassen. Die Bayrische Volks-Partei ist nur aufgeführt, wenn sie anders gestimmt hat als das Zentrum. Die Parteibezeichnungen sind folgende: DN. = Deutschnationale Volkspartei, DV. = Deutsche Volkspartei, Z. = Zentrum, D. = Demokraten, S. = Mehrheitssozialisten, U. = Unabhängige Sozialisten, Bay. VP. = Bayrische Volkspartei.

Die einschlägige Bestimmung über die gesetzgeberischen Aufgaben der Nationalversammlung hat folgenden Wortlaut:

„Die verfassunggebende deutsche Nationalversammlung hat die Aufgabe, die künftige Reichsverfassung sowie auch sonstige dringende Reichsgesetze zu beschließen."

Unter dringenden Reichsgesetzen konnte man wohl außer der notwendigen Beschließung über den Friedensvertrag und außer wenigen für den Augenblick erforderlichen Gesetzen die in der Verfassung vorgesehenen Ausführungsgesetze für die Reichstagswahlen und für die Wahlen des Reichspräsidenten verstehen, unter gar keinen Umständen aber die Verabschiedung dieses Riesenkomplexes von sogenannten ewigen Gesetzen, wie auch der Steuergesetze, die nicht Aufgabe einer verfassunggebenden Nationalversammlung, sondern Aufgabe der dauernden Staatseinrichtung, nämlich des deutschen Reichstages sind. Aus dieser verfassungswidrigen gesetzgeberischen Tätigkeit der Nationalversammlung entstand die schon erörterte allgemeine Mißstimmung gegen die Mehrheitsparteien, die eben jene Gesetzmacherei auf sich nahmen.

Statistische Blätter.

Bei den letzten Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 waren im Deutschen Reiche als wahlberechtigt in die Wählerlisten eingetragen 14 442 387 Personen.

Bei den Wahlen für die verfassunggebende Nationalversammlung am 19. Januar 1919 waren es 34 046 366 Personen. Die Zunahme erklärt sich durch die Ausdehnung des Wahlrechts auf die 20-—25jährigen Personen, auf die Frauen und auf die Personen des Soldatenstandes.

Von den Wahlberechtigten im Jahre 1919 waren 46 v. H. Männer und 54 v. H. Frauen.

Die Wählerlisten des Jahres 1919 können indessen nicht als statistisches Material gelten, weil die Kriegsgefangenen und zahlreiche zu den Wahlen noch nicht verfügbare Personen des Soldatenstandes ausgeschlossen blieben. Das erweist auch die letzte Volkszählung vor dem Kriege im Jahre 1910, nach der es in Deutschland 36 475 052 über 20 Jahre alte Personen beiderlei Geschlechts gab. Von dieser Gesamtzahl der über 20jährigen Personen waren 48,6 v. H. Männer und 51,4 v. H. Frauen.

Wie sich dieses Verhältnis endgültig stellt, kann erst bei den statistischen Erhebungen nach den Reichstagswahlen 1920 festgestellt werden. Dann werden die Kriegsopfer unter den wehrfähigen Männern und anderweitige Veränderungen vollständig in die Erscheinung treten.

Die Wahlbeteiligung war im Jahre 1919 im Gesamtdurchschnitt bei Männern und Frauen etwa gleich, bei den Männern betrug sie 82,4 v. H., bei den Frauen 82,3 v. H. Interessant dagegen ist die statistische Feststellung, daß von den 20jährigen männlichen Wahlberechtigten nur 59,6 v. H., von den 20jährigen weiblichen Wahlberechtigten dagegen 80,5 v. H. von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht haben.

Die statistischen Erhebungen konnten bisher für die Gliederung nach Geschlecht und Alter nur insgesamt 32 771 986 Wahlberechtigte und 26 993 512 Wahlbeteiligte feststellen. Von den übrigen fehlen die Angaben hierüber. Die beiden genannten Zahlen verteilen sich bei den Wahlen zur Nationalversammlung am 19. Januar 1919 wie folgt:

	Wahlberechtigte.	Wahlbeteiligte.
Insgesamt	32 771 986	26 993 512
davon Männer	15 061 114	12 421 167
„ Frauen	17 710 872	14 572 345

Zusammensetzung der Verfassunggebenden Nationalversammlung nach dem Wahlergebnis vom 19. 1. 1919.

Mehrheitssozialisten	163	Mehrheitsparteien der Nationalversammlung
Christliche Volkspartei (Zentrum)	91	
Demokratische Partei	75	
Deutschnationale Volkspartei	44	
Deutsche Volkspartei	19	
Unabhängige Sozialdemokratie	22	
Sonstige Parteien	7	
Zusammen	421	

Über die Wahlen zum Reichstage.

Ausblick.

Die Reichstagswahlen 1920, die ersten nach den furchtbaren Erschütterungen, die Krieg und Revolution dem deutschen Volke zugefügt haben, bedeuten eine Schicksalsstunde für uns alle. Weil wir nach schlechter deutscher Art in schwerster Stunde innerlich

zerrissen sind, an Haupt und Gliedern bluten, uns gegenseitig scheel betrachten und zerfleischen möchten, deshalb wird der bevorstehende Wahlkampf in Form und Mitteln von nie dagewesener Rücksichtslosigkeit und Schärfe sein. Wir haben aber auch keine staatsmännische Führung der Wahlen von der Regierung zu erwarten, weil nicht ein einziger staatsmännischer Kopf im Kabinett sitzt. Deshalb wird der Wahlkampf wirrer toben denn je, er wird zügelloser sein und an die Zielsicherheit und an die Entschlossenheit des einzelnen, seinen Wahlwillen unbeirrt durchzusetzen, viel stärkere Ansprüche stellen, als wir es in Deutschland gewöhnt sind. Schon heute stehen wir im Zeichen dieser Erscheinungen, beim Endkampf und beim Wahlakt selbst werden sie sich ins ungeahnte steigern. Eines ist in diesem Kampfe wichtig: Die aus dem Pakt nach der Revolution entstandene Regierung, in der die Sozialdemokratie den Haupteinfluß hat, verfügt für die Wahlen über den gesamten Regierungsapparat und wird ihn mit allen nur denkbaren parteipolitischen Schikanen handhaben. Die Besetzung zahlreicher Ämter im ganzen Reiche, die auf die Wahlen Einfluß zu üben vermögen, mit gesinnungstüchtigen, aber keineswegs sachkundigen Männern, ist kaum ohne Vorbedacht als Ergänzung der Parteiorganisationen vorgenommen worden. Wenn eine Regierung anstrebt, hervorragende Sachkundige in Ämter zu bringen, die zugleich ihren Parteien angehören, so ist dagegen wenig oder gar nichts zu sagen, denn man kann es einer Regierung nicht gut verargen, wenn sie ihre Macht im eigenen Regierungsapparat zu festigen sucht. Freilich muß dabei und in der Zahl der nach solchen Grundsätzen vergebenen Stellungen daran gedacht werden, daß es noch andere Menschen und andere Wähler gibt, die ebenfalls Sachkundige, vielleicht viel bessere, zu präsentieren haben. Heute erleben wir es aber, daß Sachkunde nicht Bedingung und Voraussetzung für ein Amt sind, sondern im günstigsten Falle Seltenheiten und Zufälligkeiten. Zu solchen Regierungsmethoden und Experimente haben wir keine Zeit, und das Deutsche Reich ist wahrlich nicht in genügend festgefügtem Zustande, um sich ein System leisten zu können, das wohl auf Parteigesinnung, nicht aber auf Schulung, Erfahrung und Sachkunde errichtet ist. Solche Zustände haben wir im Regierungskabinett von heute und tiefgegliedert in den Regierungsapparat hinein. Deshalb wird man alle Wahlakte der Regierung kritisch betrachten müssen, um das eigene klare Urteil nicht trüben zu lassen. Das ist für den deutschen Wähler besonders wichtig, weil er vom früheren Ordnungsstaat her, dessen auf manchen Gebieten her-

vorgetreteene Mängel durchaus nicht verkannt werden sollen, daran gewöhnt ist, in dem Regierungsapparat die Repräsentation regierungstechnischer Schulung, allgemeinpolitischer Erfahrung und Sachkunde zu sehen. Diese Zeiten sind für die kommenden Wahlen vorüber, die Wahlzettel werden entscheiden, ob sie bald wiederkehren können, wenn auch in andere Staatsform eingegliedert. Wie wir nach der Revolution noch keine einzige staatsmännische Rede eines Kabinettsmitgledes oder eine solche gehört haben, die den Interessen aller Staatsbürger Rechnung trug, sondern nur Parteireden vernahmen, so werden wir kaum eine Wahlaktion der derzeitigen Regierung erleben, die sich über das Parteiniveau erhebt.

> Eine Regierung soll über den Parteien stehen; die jetzige Regierung steht unter den Parteien, deren Befehlsempfänger sie ist. Sie regiert nicht, sondern sie wird regiert.

Diese Feststellung tatsächlicher Zustände, die wir der strengen Sachlichkeit des vorliegenden deutschen Wahlbuches schuldig sind, ist von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für den bevorstehenden Wahlkampf.

Aus dem wenigen, was der gebotenen Kürze wegen hier über die kommenden Wahlen gesagt worden ist, geht hervor, daß der Wahlausgang mit entscheidend über unser Schicksal, ja, entscheidend darüber sein wird, ob wir den Staat zu erhalten vermögen werden oder nicht. Daraus ergibt sich die zwingende Pflicht für jede Frau und jeden Mann aller Stände und Berufe, den unerbittlichen Wahlkampf, dessen Höhepunkt uns noch bevorsteht, unerbittlich für die eigenen Ideale und für die selbständige politische Auffassung durchzufechten. Niemand darf an der Urne fehlen; wer ihr fernbleibt, begünstigt den Sieg des Gegners.

Um den deutschen Frauen und Männern, die ihre vaterländische Pflicht am Wahltage erfüllen werden, die Übersicht über das deutsche Parteiwesen und ihre Wahlentscheidung zu erleichtern, wird diesem Kapitel eine kurze Kennzeichnung der politischen Parteien angefügt. Den Versuch einer Wahlbeeinflussung lehnen wir nachdrücklichst ab. Ebenso streng sachlich ist das Kapitel gehalten, das der Parteiübersicht folgt und dessen Titel lautet: Allgemeine Lage des Deutschen Reiches zur Zeit der Reichstagswahlen 1920. Wenn auch dieses ernste Kapitel zumeist trübe Seiten zählt, so weiß jede Leserin und

jeder Leser, daß es uns lieber gewesen wäre, erfreulichere Dinge zu berichten, leider steht dies nicht in unserer Macht, anders müßten wir uns zu gewissenloser Täuschung der deutschen Wählerschaft hergeben.

Die Mehrheitssozialisten.

Die Entstehung der sozialdemokratischen Partei, zurückzuführen auf Marx und Lassalle, ist ebenso bekannt wie der Grundsatz ihrer Lehre, die Vergesellschaftung des Staates, und wie die Opposition der Sozialdemokratie, die Beschränkung auf negative Kritik in der vorrevolutionären Zeit. Während des Weltkrieges beteiligten sich die Mehrheitssozialisten unter Bewilligung der Kriegskredite, in den verschiedenen Ausschüssen des alten Reichstages, besonders im Hauptausschuß an den positiven Staatsaufgaben, traten lange Zeit für das Durchhalten in dem schweren Kampfe und dafür ein, daß kein Fußbreit deutschen Bodens geopfert werden dürfe. Außerdem setzten sie sich unter der irrtümlichen und daher schädlichen Annahme für den sogenannten Verständigungsfrieden ein, daß auch unsere Gegner für einen solchen Frieden zu haben wären. Sie rechneten dabei auf die Unterstützung der Sozialisten der Entente, also auf die sogenannte Rote Internationale. Der Friedensvertrag von Versailles, der uns nach entmachtenden Waffenstillstandsbedingungen mit durch unsere Schuld aufgezwungen wurde, zeigt die ganze Größe und Schwere dieses verhängnisvollen Irrtums, unter dem heute das ganze deutsche Volk, nicht zuletzt die deutsche Arbeiterschaft seufzt. Ein Dokument dieses furchtbaren Irrtums ist die Friedensresolution vom Juli 1916, deren Hauptträger Erzberger und Scheidemann waren.

Die Bewilligung der Kriegskredite führte zur Teilung der Partei, die Unabhängigen sonderten sich ab und gingen schon während des Krieges in die Opposition gegen ihre bisherigen Genossen. Trotz dieser Trennung und der mehr oder weniger differenzierenden Stellungnahmen beider sozialdemokratischer Fraktionen muß man sie in ihrer Wesensart und in ihren endlichen Zielen doch immer gemeinsam betrachten, sie sind eines Stammes und werden sich schließlich immer wieder zusammenfinden, zum mindesten in ihrem Hauptwirken. Es ist dabei gleichgültig, ob die Taktik sie einmal mehr nach

links, das andere Mal mehr nach rechts führt. Die immer wieder, trotz gröbster gegenseitiger Beschimpfung in der Parteipresse, eingefädelten Einigungsverhandlungen der Mehrheitssozialisten und der Unabhängigen sind einer der Beweise dafür.

Eine schwere Schuld hat die Sozialdemokratie durch die Vorbereitung der Revolution und durch deren Durchführung gerade inmitten des schwersten Daseinskampfes des deutschen Volkes auf sich geladen. Sozialdemokratische Führer haben dies, vielfach sich selbst rühmend, verkündet, als die Revolution durchgeführt war, um nun bei ihren Genossen auch die verdiente Anerkennung zu finden.

So sagte Richard Müller im Kongreß der A.- und S.-Räte im Dezember 1918: „Ich kann Ihnen mitteilen, daß die Vorbereitungen zur Revolution schon im Juli 1916 getroffen worden sind."

Haase, Vogtherr und Dittmann verhandelten im Sommer 1917 mit Vertrauensleuten der ersten meuternden Matrosen, denen sie zuredeten, so weiter zu machen, sie sollten sich nur vorsehen, da sie eine strafbare Handlung begingen.

Ledebour sagte:

„Und, Parteigenossen, wir haben die Front bearbeitet, d. h. nicht wir, die wir hier saßen, aber unsere Freunde. Da war die Regierung so gütig, ausgezeichnete Agitatoren für die Revolutionierung der Front hinauszuschicken, indem sie nach dem Januarstreik alles wegklaute, was ihr denunziert war als Treiber des Streiks, und jeder Mann, der da in den Schützengraben geschickt oder in Schutzhaft genommen wurde, war ein Agitator für die revolutionäre Unabhängige Sozialdemokratie, das war ein Mann, der die Soldaten auf ihre Pflicht als Söhne des Volks und als Soldaten aufklärte."

Der Sozialdemokrat Albert Vater, nachrevolutionärer Polizeipräsident in Magdeburg, sagte:

„Uns ist diese Revolution nicht überraschend gekommen. Seit dem 25. Januar 1918 haben wir den Umsturz systematisch vorbereitet. Die Arbeit war schwierig und gefahrvoll zugleich. Wir haben sie mit vielen Jahren Zuchthaus und Gefängnis bezahlt.

Die Partei hat eingesehen, daß die großen Streiks nicht zur Revolution führen, es mußten daher andere Wege beschritten werden. Die Arbeit hat sich gelohnt.

Wir haben unsere Leute, die an die Front gingen, zur Fahnenflucht veranlaßt, die Fahnenflüchtigen haben wir organisiert, mit falschen Papieren ausgestattet, mit Geld und unterschriftlosen Flugblättern versehen. Wir haben diese Leute nach allen Himmelsrichtungen, hauptsächlich wieder an die Front geschickt, damit sie die Frontsoldaten bearbeiten und die Front zermürben sollten. Diese haben die Soldaten bestimmt, überzulaufen, und so hat sich der Zerfall allmählich, aber sicher vollzogen."

Dieser sozialdemokratischen Vorarbeit ist zuzuschreiben, daß bei Eintritt der Revolution 1 500 000, nach einer zweiten Berechnung 1 800 000 deutsche Deserteure vorhanden waren. Die Revolution brach bekanntlich Ende Oktober 1918 aus und wurde von Kiel nach Wilhelmshaven, über Hamburg, Lübeck, Hannover am 9. November in Berlin mit dem offiziellen Sturz des Kaiserreiches „gekrönt".

Der Mehrheitssozialist Philipp Scheidemann erklärte am 9. November 1918 von der Freitreppe des Reichstages, der Kaiser habe abgedankt und rief die Deutsche Republik aus. Die Abdankung des Kaisers war eine Unwahrheit, der Kaiser dankte erst am 28. November 1918 ab.

Diese Tätigkeit der Sozialdemokratie, die den Zusammenbruch des deutschen Heeres, die unerhörten Waffenstillstandsbedingungen und darauf aufgebaut den ungeheuerlichen Frieden von Versailles herbeiführte, faßt der englische General Maurice in die für Deutschland erschütternden Worte zusammen:

„Deutschlands Heer ist von rückwärts erdolcht worden." In der französischen Kammer erklärte im Februar 1920 der Heeresreferent Oberstleutnant Fabry folgendes:

„Bei Kriegsende sahen wir die deutsche Armee in einer Stärke, wie nur irgendeine Armee, mit einem vortrefflichen Material ausgerüstet. Was war nun die Ursache ihrer Niederlage? Sie hatte hinter sich nicht mehr eine in einer einheitlichen Stimmung zusammengeschlossene Nation, den entschlossenen Willen, alle notwendigen Kriegsopfer zu

bringen und den Krieg fortzusetzen. Dieser Krieg hat klar erwiesen, daß auch die stärkste Armee keinen Kriegserfolg mehr herbeiführen kann, wenn hinter ihr kein Volk steht, das entschlossen ist und den festen Willen hat, zu fechten."

Der Mehrheitssozialist Philipp Scheidemann mußte über Vorbereitungen und Absichten der Revolution gut unterrichtet sein, denn er konnte bereits am 29. September 1918 im Hauptausschuß des Reichstages sagen:

„Machen Sie sich doch bitte, mit dem Gedanken vertraut, daß hier vielleicht sehr bald ein Arbeiter- und Soldatenrat seine Sitzungen abhalten wird."

Herr Philipp Scheidemann sagte im Dezember 1918:

„Wir haben uns selbst entwaffnet und werden natürlich die Folgerungen daraus ziehen, doch glaube ich, daß Amerika, England und Frankreich den Bogen nicht zu stramm spannen."

Der katastrophale Irrtum solcher Annahme geht am besten daraus hervor, daß derselbe Herr Scheidemann später erklärte, die Hand müßte verdorren, die diesen Frieden unterzeichnete.

Wenn hier dieser kurze Rückblick über die Schuld der Sozialdemokratie am Ausgang des Krieges und an der Revolution gegeben wurde, so geschah es deshalb, weil diese Schuld in ihren furchtbaren Folgen zugleich die Schuld an unseren heutigen Zuständen ist. Die Wahlen sollen ja aber eine Willensäußerung des ganzen Volkes sein, ob es mit den jetzigen Zuständen einverstanden ist oder ob es sein Schicksal in die Hände anderer Männer legen will, um bessere Zustände herbeizuführen.

Die zweite schwere Schuld aus der ebenfalls mittelbar die fürchterlichen Zustände von heute herrühren, liegt in der jahrzehntelangen Verhetzung der Arbeiterschaft und in den unerfüllbaren Versprechungen der sozialdemokratischen Agitation von Vergesellschaftung, Gleichheit, Freiheit und wie diese Dinge alle heißen mögen. Jedem staats- und privatwirtschaftlich leidlich Gebildeten war die Unerfüllbarkeit dieser Dinge klar. Wir haben es nun erlebt, daß führende Sozialdemokraten von der Sozialisierung gewisser Produktionsgebiete abraten mußten, obwohl sie auf dem Verzeichnis der Versprechungen stand. Wir haben in Rußland den Zusammenbruch des ganzen Staatswesens und Staatslebens

einschließlich des Zusammenbruchs der Arbeiterschaft erlebt; in dem entzarten Rußland, das nun glaubte, die Ideale der Arbeiterschaft aufrichten zu können, sind die Arbeiter zu schwer geprüften Heloten geworden.

Darin liegt der *Beweis*, daß die *sozialdemokratischen Führer entweder* bewußt ihren Anhängern und Mitläufern ein nie erreichbares Paradies vorgespiegelt haben, um den Umsturz herbeizuführen und selbst an die politische Macht zu kommen, *oder* aber, daß diese Führer so unbegabt und unfähig waren, daß sie selbst nicht die Unerfüllbarkeit ihrer Versprechungen begriffen. *Beides ist objektiv verbrecherisch an der Arbeiterschaft gehandelt.*

Aus diesen *Tatsachen*, die wir nun einmal feststellen müssen, geht aber deutlich hervor, daß man niemals die Arbeiterschaft in ihrer Gesamtheit für diese Zustände selbst oder unmittelbar verantwortlich machen darf, sondern die *sozialdemokratische Führung*. Wenn also in dem vorliegenden Wahlbuche von Sozialdemokraen gesprochen wird, so ist damit stets, wenn nicht ausdrücklich die Arbeiterschaft genannt ist, *lediglich* die sozialdemokratische Führung gemeint.

Die Wirkungen dieser schweren Schuld der Sozialdemokratie am Kriegsausgang und an der Vorgauklung unerfüllbarer Versprechungen sind nicht ausgeblieben.

Der *Kriegsausgang*, der ohne Vorbereitung und Durchführung der Revolution durchaus erträglich für Deutschland geworden wäre, hat unsere *Volkswirtschaft erschüttert*, zum Teil *zerstört*, er hat uns wertvolles *deutsches Gebiet*, das zudem für unsere *Ernährung* von größter Wichtigkeit war, geraubt, er hat uns kaum *abtragbare Schulden* aufgebürdet, unter denen die deutsche Arbeiterschaft noch genug seufzen wird, er hat uns den *Bruderkrieg* gebracht, er hat das *Wucher- und Schiebertum* geüchtet, er hat *Lebensbedingungen* geschaffen, die weder für die Arbeiterschaft noch für die anderen Stände irgendwie erschwinglich sind, außer eben für die Wucherer und Schieber selbst. Die *hohen Arbeitslöhne* nutzen ebensowenig wie die Zulagen an Beamte und Angestellte, höhere Einkommen sind nicht mehr zu schaffen, wenn man nicht die Henne selbst schlachten will, die die goldenen Eier legt, nämlich die Unternehmungen. Der Weg zu *russischen Zuständen*, bei denen es Arbeitern und Beamten und Angestellten noch gerade um soviel elender geht, wie es uns noch gehen kann, ist zu drei Vierteln zurückgelegt. Früher konnten bei kleinen Löhnen und Gehältern ordentliche *Arbeiter, Angestellte*

und Beamte auskommen und für ihre Familie, für ihre Kinder zurücklegen. Das können jetzt nur Wucherer und Schieber.

Eine zweite Wirkung, die wir hier nicht vergessen dürfen, ist die der unerfüllbaren Versprechungen. Die Arbeiterschaft war ihren Führern stets gefolgt, die Gewerkschaften hatten großen wirtschaftlichen Einfluß. Nachdem die Arbeiter verstandesmäßig oder instinktiv wahrgenommen hatten, daß die Versprechungen unerfüllt blieben, folgen sie immer weniger der von den Führern ausgegebenen Parole. Ein allgemeines, zielloses Auseinanderlaufen, wilde Streiks, verfassungswidrige Handlungen, wie Ende März 1920 die Forderung der Gewerkschaften, der Beamten- und Angestellten-Verbände, u. a. den entscheidenden Einfluß auf die Ernennung der Minister zu erhalten, sind die unabsehbaren Folgen. Der erwähnten letzten Forderung wurde nachgegeben in einem Staate, der sich demokratisch nennt, obwohl diese Forderung der Weimarer Verfassung strikte zuwiderläuft und obwohl man eben erst den Kappleuten Verfassungsbruch vorgeworfen hatte, der allerdings von den unseligen Kappisten in Abrede gestellt worden war, denn sie hatten ja behauptet, gerade zum Schutze der Verfassung ihre Expedition nach Berlin unternommen zu haben.

Die Kappisten sind von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken verurteilt worden und werden es in jeder Zeile, die in diesem Buche über sie geschrieben ist. Wir müssen aber trotzdem oder gerade deswegen den Mut aufbringen, hier zu sagen, daß wir in der Tat von der in den Hauptpositionen sozialdemokratischen Regierung nicht verfassungsmäßig regiert wurden.

1. Die Nationalversammlung hatte ausschließlich das Recht, die Verfassung zu geben und die zur Ausführung der Verfassung erforderlichen sowie dringende Gesetze, insbesondere das Wahlgesetz zum Reichstage und das Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten zu beschließen. Sie blieb indessen fünf Vierteljahre zusammen, erledigte eine ungeheure Zahl von Gesetzen, für die sie gar nicht zuständig war, nur die beiden erwähnten Wahlgesetze ließ sie liegen, sie, die zuerst nach der Verfassung beschlossen werden mußten, blieben bis zuletzt — man wollte, verfassungswidrig, keine baldigen Neuwahlen.

2. Nach der Verfassung soll die Wahl des Reichspräsidenten direkt durch das Volk stattfinden. Als,

zeitlich sehr wenig glücklich, der Name Hindenburg als Reichspräsident auftauchte, sollte die eben erst beschlossene Verfassung geändert, die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch das Volk, sondern durch den Reichstag vorgenommen werden. Dieses verfassungswidrige Verhalten der in den Hauptpositionen sozialdemokratischen Regierung wirkte nicht nur verstimmend in weiten Kreisen, obwohl es z. B. von den in diesem Buche mehrfach erwähnten führenden demokratischen Blättern mitgemacht, jedenfalls nicht bekämpft wurde, sondern ansteckend. So müssen wir also gerechterweise die Verantwortung für die schon zitierte verfassungswidrige Forderung der Gewerkschaften, der Beamten- und Angestelltenverbände u. a. nach entscheidendem Einfluß auf die Ernennung der Minister dem schlechten Vorbilde der Regierung zuschieben.

Noch eine dritte, nicht minderschwere Schuld der sozialdemokratischen Führung dürfen wir nicht unterschlagen: die sozialdemokratische Führung hat die Revolution vorbereitet und durchgeführt. Sie mußte daher in der Lage sein, das Deutsche Reich und das deutsche Volk nicht nur ebenso gut, sondern besser zu regieren, als sie vor der Revolution regiert wurden. Nun muß man doch auch bei nur bescheidenem Anspruch an Gerechtigkeit zugeben, daß ein derartig katastrophales Versagen, eine solche Summe von Unfähigkeit, wie diese Männer gezeigt haben, noch niemals, solange die Welt steht, erlebt wurde. Auch die bisherigen demokratischen Minister haben allerdings nicht besser abgeschnitten, aber sie sind wenigstens von der Schuld freizusprechen, die Revolution aktiv gemacht zu haben. In dieser Regierungsunfähigkeit liegt mit der Grund zu den gegenwärtigen niederziehenden, fast hoffnungslosen Zuständen des deutschen Volkes und des Deutschen Reiches. Wir haben am Tage der Wahlen ca. neunzehn Monate Revolutions- und Nachrevolutionsregierung hinter uns, von Monat zu Monat, von Woche zu Woche ist es schlechter geworden. Man wundert sich nur, daß es immer noch schlechter werden kann. Nur in diesem Regierungskabinett verkörperter Unfähigkeit konnte ein politischer Dilettant wie Herr Erzberger eine so maßgebende und verhängnisvolle Rolle spielen. In einem Kabinett staatsmännischer, kundiger Minister wäre er eine komische Figur gewesen. Im deutschen Nachrevolutions-Kabinett ward er als Einäugiger König unter den Blinden.

Sollte diese leider nicht abzuleugnende Tatsache uns nicht zu denken, uns nicht das eindringliche Verlangen geben, immer nur Männer ans Staatsruder zu lassen, die wirklich von den schwierigen

Aufgaben etwas, ja möglichst viel verstehen, die sie zu erfüllen haben? Wenn die Logik nicht heute schlechte Zeiten hätte, müßte man fordern, daß nur die Tüchtigsten, die Besten des Volkes dessen Schicksal leiten dürften, welcher Partei sie angehören, müßte gleichgültig sein, den die Staatsform ist durch die Verfassung und durch das Volksveto gesichert. Die größten Könner sind gerade gut genug, um dem deutschen Volke in höchster Not Retter zu werden. Auch in der besonnenen Arbeiterschaft hört man erfreulicherweise Stimmen solcher Erkenntnis. Jeder tüchtige Sozialdemokrat, der wirklich etwas kann, muß ebenso mitwirken an der Aufrichtung von Volk und Staat wie jeder bürgerliche staatsmännisch begabte Mann. Die Wahlzettel werden ergeben, ob dieser allein gesunde Grundsatz, dessen Befolgung uns Hoffnung geben könnte, schon tiefer gedrungen ist, oder ob wir bis zu seinem Siege, der einmal kommen muß, noch größeres Volksleid erleben müssen.

Ergebnis:

Die Mehrheitssozialisten sind belastet:

1. mit ihrem verhängnisvollen Vertrauen auf die Internationale während des Krieges und nachher. Die Internationale hat sich bekanntlich gar nicht gerührt;
2. mit Vorbereitung und Durchführung der Revolution inmitten des Daseinskampfes des deutschen Volkes;
3. mit den schädlichen Schnellgesetzen der Nationalversammlung;
4. mit den furchtbaren Zuständen, die sich aus den so geschaffenen Verhältnissen in Deutschland entwickelt haben;
5. mit der katastrophalen Unfähigkeit der in die Regierung geschickten Persönlichkeiten;
6. mit der Ausübung einer noch nie dagewesenen Parteiherrschaft, die verfassungswidrig ist usw.;
7. mit der, von der im März 1920 nach Dresden geflüchteten sozialdemokratischen Regierung ausgegebenen, Parole zum Generalstreik, obwohl der Generalstreik, bei welcher Gelegenheit es auch sei, von derselben Regierung als Verbrechen gekennzeichnet worden war.

Die Christliche Volkspartei (Zentrum).

Die Kennzeichnung der christlichen Volkspartei kann kurz gehalten werden, weil sie unter ihrem alten Namen „Zentrum" hinlänglich bekannt ist. Im Zentrum ist seit jeher die katholische Welt Deutschlands politisch am sichtbarsten vertreten; das wird auch so bleiben, obwohl die Partei gelegentlich der Namensänderung betonte, daß ihr auch evangelische Mitglieder willkommen seien. Damit ist natürlich keineswegs gesagt, daß Katholiken ausschließlich dem Zentrum angehörten, das ist ganz und gar nicht der Fall. Zu den rechten Parteien insbesondere fühlen sich zahlreiche katholische Wähler hingezogen, denen im Zentrum die allzu kontrastliche Mischung ebensowenig zusagt wie die verhängnisvolle Führerrolle des Herrn Erzberger Beide Einwände sind in heutiger Situation, wo die politischen Verhältnisse zur Klarheit drängen, nur zu verständlich. Wie die neue Bezeichnung „Christliche Volkspartei" kennzeichnet, werden Staatsbürger jüdischen Glaubens nicht aufgenommen. Das Zentrum hat unter seinem alten historischen Namen im politischen Leben Deutschlands, sowohl wegen der großen Zahl der Mandate, wie auch durch die sehr geschickte, in manchen Fällen staatsmännische Leitung der Partei, immer eine wichtige, oft ausschlaggebende Rolle gespielt. Deshalb wurde die Namensänderung, die nach der Revolution vorgenommen wurde, von vielen Zentrumswählern nicht gutgeheißen. Die Parteileitung wollte wohl mit der Bezeichnung als Christliche Volkspartei dartun, daß im Zentrum auch die Sache des Volkes, insbesondere der katholischen Arbeiterschaft, vertreten werde. Zu dieser Behauptung ist die Partei berechtigt.

In der Nationalversammlung zählte die Christliche Volkspartei (Zentrum) zu den Mehrheitsparteien und hat dadurch mit die Verantwortung für die Gesetze übernommen, die von der Nationalversammlung dem Wolke gegeben wurden. Diese Mitbestimmung und Mitwirkung an der gegenwärtigen Lage des Reiches wird den politisch geschulten und weitsichtigen Männern der Zentrumsfraktion nicht immer leicht geworden sein, und man wird kaum in der Annahme fehl gehen, daß diese Bedenken, die sich immer wieder in der Partei bemerkbar machen, in künftigen politischen Handlungen des Zentrums zur Auswirkung kommen werden. Dem alten, sicherlich oft bewährten Grundsatze dieser Partei „an der Macht zu bleiben" mußten in einer so umstürzlerischen Zeit, wie in der der deutschen Revolution, naturgemäß größere Opfer gebracht werden als in normalen, wenn man eben à tout

prix jenem Prinzip treu bleiben wollte oder mußte. Manchem Zentrumsmitgliede sind diese Opfer viel zu weit gegangen.

Eine weitere Belastung der Zentrumspartei bedeutet die Rolle, die das Zentrumsmitglied Herr Erzberger gespielt hat und die öffentliche Bloßstellung Erzbergers im Helfferichprozeß. Auch hierbei hat das Zentrum unter der Festhaltung eines Prinzips gelitten, nämlich Fraktionsmitglieder nicht öffentlich fallen zu lassen. Herrn Erzberger haben wir bei der demokratischen Partei ausführlich beleuchtet. Er gehört dorthin, weil er der demokratische Führer des demokratischen Zentrumsteils ist und sich selbst als solcher bezeichnet hat. Von diesem demokratischen Teil des Zentrums aus hat er auch die anderen Teile der Partei mit in den Strudel der Mehrheitsparteien zu reißen gewußt. Es scheint inzwischen als sicher gelten zu können, daß die führende Rolle des Herrn Erzberger innerhalb der Zentrumsfraktion ausgespielt ist, die politisch geschulten und erfahrenen Mitglieder dürften wieder in den Vordergrund rücken, wie z. B. die Männer um Peter Spahn. Diese Einsicht innerhalb der Partei entspricht durchaus dem politischen und parteipolitischen Niveau des Zentrums aus alter Zeit. Die erfahrenen Männer wissen dort sehr wohl, daß eine dauernde Belastung mit einer Persönlichkeit, wie Herrn Erzberger, selbst für die stärkste Parteidisziplin auf die Dauer zu stark ist. Wenn man bei den bevorstehenden Wahlen in Zentrumskreisen auch nicht mit einer starken Stimmenabsplitterung infolge der Erzbergerbelastung rechnet, so ist man sich doch bewußt, daß solche Absplitterung nur deshalb vermieden werden könnte, weil rechter Flügel und Mitte des Zentrums samt ihrer Wählerschaft bestimmt damit rechnen, nun auch wieder einmal zu ihrem Rechte zu kommen. Erst eine Enttäuschung dieser Erwartung könnte in dem festgefügten Zentrumsturm bedenkliche Risse zeitigen — so jedenfalls urteilen Männer, die es wissen müßten.

Gelegentlich der unerhörten Vorgänge im Ruhrgebiet, April 1920, und der erbitternden Haltung der sozialdemokratischen Parteiregierung des Reichskanzlers Hermann Müller bäumte sich denn auch das Zentrum auf, allarmiert durch die eigene Wählerschaft im Westen; man sah auf einmal allzu deutlich, wohin man in der Gefolgschaft einer sozialdemokratischen Parteiregierung geraten kann, und wandte sich, für viele zu spät, mit Grausen ab.

Nicht anders fiel bei derselben Gelegenheit die Stellungnahme der bayerischen Truppen aus, sie protestierten mit vollem Recht gegen eine sozialdemokratische Behandlung, die sie ebenso

wie die Zentrumswählerschaft kurzerhand ans Messer der Aufständischen im Ruhrgebiet geliefert hätte.

Die Stärkung, die den separatistischen Bewegungen im Rheinlande und selbst in Bayern durch die gekennzeichnete Haltung der Regierung Müller zugeführt wurde, ist natürlich den führenden Zentrumsmännern nicht unbekannt geblieben.

Auch beim Zentrum werden allein die Wahlzettel beweisen, wer die Lage der Partei richtig beurteilt hat.

Ergebnis:

Der demokratische Teil des Zentrums ist mit Erzberger, mit der Gesetzgebung der Nationalversammlung, mit den Zuständen von heute belastet und hat es außerdem verstanden, die übrige Partei mit sich zu reißen. Es sind indessen Anzeichen vorhanden, daß rechter Flügel und Mitte des Zentrums auf Grund der Vorstellungen ihrer Wählerschaft sich auf ihre Tradition als staatserhaltende Partei besonnen und den Entschluß gefaßt haben, den Schaden mit allen Kräften wiedergutzumachen.

Die Deutsche demokratische Partei.

Diese Partei ist ein Kind der Revolution, sie bestand vor dem 9. November 1918 nicht. Sie ist in den Redaktionsstuben des Berliner Tageblattes zur Welt gekommen, ihr Erzeuger ist der fleißige und ehrgeizige Chefredakteur der genannten Zeitung, Herr Theodor Wolf, der seine journalistische und politische Ausbildung in Paris erwarb und dem wohl, als er die deutsche demokratische Partei anregte und schaffen half, das französische Milieu, in dem er groß geworden war, vorschwebte. Das Berliner Tageblatt erscheint mit der Berliner Volkszeitung im Verlag von Rudolf Mosse zu Berlin. Während der Chefredakteur des Berliner Tageblatts, Herr Theodor Wolf, es ablehnte, eine offizielle Rolle in der von ihm geschaffenen demokratischen Partei zu spielen, wurde der Chefredakteur der Berliner Volkszeitung, die wesentlich linksradikaler gerichtet ist als das Berliner Tageblatt, Herr Nuschke, Mitglied der demokratischen Partei in der Nationalversammlung. Der Verlag Rudolf Mosse, in dem die beiden erwähnten Zeitungen erscheinen, tritt mit

einer Ehrlichkeit für die Interessen der jüdischen Bevölkerung Deutschlands ein, die durchaus Anerkennung verdient. Dieses offene Eintreten für das Judentum hat — wie das nun einmal im politischen Leben üblich ist — dem Berliner Tageblatt im Gegensatz zu den alldeutschen Zeitungen die Bezeichnung „alljüdisches Blatt" eingetragen. Hier also hat die Wiege der deutschen Demokratie gestanden. Es ist deshalb kein Wunder, daß die demokratische Partei im Volksmunde sehr bald den Namen erhielt: „die Judenpartei". Wie alle Verallgemeinerungen trifft diese Bezeichnung insofern nicht zu, als sich eine ganze Reihe christlicher Persönlichkeiten und Wähler der demokratischen Partei angeschlossen haben. Allerdings wird hier eingeworfen, daß der Anschluß an die demokratische Partei von vielen nicht erfolgt wäre, wenn sie die Entstehungsgeschichte der Partei gekannt hätten. Zu den Geburtshelfern der demokratischen Partei gehört auch der frühere Kolonialstaatssekretär, vormalige Bankdirektor Bernhard Dernburg, dessen Vater, Friedrich Dernburg, jahrzehntelang als Publizist ein in der Redaktion des „Berliner Tageblattes" sehr beliebtes Mitglied des Mosseschen Mitarbeiterstabes war. Bernhard Dernburg saß als Zugehöriger zur demokratischen Partei vorübergehend im nachrevolutionären Kabinett.

Die demokratische Parteileitung hat bisher wenig Geschick und Erfolg in ihrer politischen Betätigung zu erweisen vermocht. Das liegt an dem inneren Widerspruch, der ihr anhaftet. Die führende demokratische Presse, das „Berliner Tageblatt" und die „Berliner Volkszeitung", hat erklärt, „ein gut Stück Weges mit der Sozialdemokratie zusammengehen zu können." Der Politik der Straße ist zudem manche Konzelsion von den beiden genanntne führenden demokratischen Blättern gemacht worden. Nun steht aber sicherlich der Hauptteil des deutschen Judentums hinter der demokratischen Partei, eine Bevölkerungsschicht, die man in ihrem weitaus größten Bestande zu den Wohlhabenden und Reichen des Landes rechnen muß, bestimmt aber zu den Besitzenden. Die Politik der Sozialdemokratie und die Politik der Straße richten sich aber gegen den Besitz. Dieser innere Widerspruch mußte zu schwankender, unsteter Haltung der Parteileitung führen.

Als in Weimar von der Nationalversammlung über den Friedensvertrag von Versailles entschieden werden mußte, traten die Demokraten aus der Regierung aus, um für ihre Partei gegen das Friedensinstrument mit den Schmachparagraphen zu demonstrieren. Sie glaubten mit Recht die Belastung

mit dem Versailler Frieden ihren Wählern im Lande nicht zumuten zu können. Nach denkbar kürzester Anstandspflicht traten die Demokraten aber wieder in das Kabinett ein, das die Unterzeichnung empfohlen hatte. So war es kein Wunder, daß man allerorts den Austritt der Demokraten aus dem Kabinett als eine schöne Geste betrachtete, als weiter aber auch nichts. Jedenfalls war diese Parteioperation auf die Dauer weder überzeugend noch irgendwie eindrucksvoll. Ihr mag auch das Ausscheiden zahlreicher prominenter Persönlichkeiten aus der demokratischen Partei mit zuzuschreiben sein.

Wenn man von der demokratischen Partei spricht, kann man nicht an der Person Erzbergers vorübergehen, der sich oft als erster Demokrat und Vertreter des demokratischen Teils des Zentrums vorgestellt hat. Erzberger war auch das Bindeglied zwischen Zentrum, demokratischer und sozialdemokratischer Partei. So könnte man schließlich die geradezu überschäumende Wut der führenden demokratischen Zeitungen gegen den früheren Staatssekretär Helfferich verstehen, als er seinen unerbittlichen Kampf gegen Erzberger führte, der mit einem glänzenden Siege Helfferichs endete. Man könnte diese Wut verstehen, wenn sie nicht gerade von demokratischen Blättern ausgegangen wäre, denn in der demokratischen Weltordnung soll doch jeder ungescholten und frei seine Ansichten vertreten können. Zu begreifen ist diese fanatische Wut nur deshalb, weil mit der Aufdeckung der Erzbergerschen Manipulation die ganze Sache der Demokratie gefährdet wurde, denn er war ihr Hauptrepräsentant, noch dazu in dem sehr wichtigen und mächtigen Zentrumslager. Dann hätte man sich aber Ärger und Enttäuschung nicht so merken, sondern den verlorenen Exponenten ehrlich fallen lassen sollen.

Wir lassen an dieser Stelle den Bericht über die Zeugenschaft Erzbergers im Diebstahlprozeß des Flottenvereins folgen und einen Auszug aus dem Urteil im Prozeß Erzberger-Helfferich.

Prozeß Erzberger-Helfferich

Die entwendeten Akten des Flottenvereins.

(Aus dem amtlichen Prozeßbericht).

Der Strafantrag des Flottenvereins war gerichtet gegen den Registraturgehilfen Oscar Janke und dessen Vater, und zwar wegen schweren Diebstahls,

Hausfriedensbruchs und Sachbeschädigung bezw. wegen Anstiftung dazu. Es ist eine Voruntersuchung geführt worden, und der Abgeordnete Erzberger wurde am 3. Oktober als Zeuge darüber vernommen, ob ihm bekannt sei, auf welche Weise der „Bayerische Kurier" in den Besitz der Briefe gelangt sei und ob er ihm Material geliefert habe. Darauf hat der Zeuge Erzberger die Aussage verweigert, weil er in Gefahr strafrechtlicher Verfolgung kommen könnte.

Verurteilung wegen formaler Beleidigung

Das Urteil lautete auf 300 Mark Geldstrafe gegen Dr. Helfferich, wegen formaler Beleidigung.

In der Begründung führte Landgerichtsdirektor Baumbach u. a. aus:

Der Wahrheitsbeweis (Dr. Helfferichs) ist im wesentlichen gelungen. In die Gruppe 1 (Vermischung politischer und geschäftlicher Interessen) fällt der Fall Thyssen. Hier liegt eine unzulässige Vermischung der parlamentarischen Tätigkeit (Erzbergers) mit den eigenen Geldinteressen des Nebenklägers vor. Im Fall der Schutzschilde hat der Nebenkläger Erzberger sich als Aufsichtsrat für die Ausfuhrbewilligung eingesetzt, trotzdem die Thyssenschen Interessen mit den Interessen der Allgemeinheit im Widerspruch standen. Das gleiche ist der Fall in der Liquidation de Wendel. Im Fall Berger hätte der Nebenkläger (Erzberger) auf keinen Fall das Amt als Schiedsrichter annehmen dürfen. Ein solches Verhalten ist mindestens unanständig. Der Nebenkläger (Erzberger) hat das Schiedsrichteramt offenbar angenommen, um Geld zu verdienen. Ferner gehört hierher das Schreiben Erzbergers zugunsten der Firma Berger an das Kriegsministerium, in dem der Nebenkläger sich für eine Begünstigung der Firma einsetzt, unter Verschweigung seiner Beteiligung.

Die Hapag-Aktien hat der Nebenkläger (Erzberger) erworben zu einer Zeit, als die Allgemeinheit mit dem Verlust der Handelsflotte rechnete. Der Nebenkläger will nur aus vaterländischem Interesse gehandelt haben, er will

nur das Vertrauen in die Zukunft habe wecken wollen. Dem steht gegenüber, daß die Allgemeinheit von dem Kauf nichts erfuhr. Der Nebenkläger hätte aber auf jeden Fall die Aktien abstoßen müssen, bevor er an die Entschädigungsfrage für die Schiffahrtsgesellschaften heranging. Er hat offenbar seine amtliche Kenntnis benutzt, um Vorteil zu erreichen.

In die Gruppe „Unwahrhaftigkeiten" fällt zunächst der Fall Poeplau. Unwahr ist, was Erzberger seiner Fraktion über die Unterredung mit dem Kanzler Bethmann Hollweg gesagt hat. Unwahr ist, was Erzberger behauptet, daß er dem Reichskanzler oder dem Angeklagten seine Friedensaktion und seine Friedensresolution angekündigt hat. Unwahr ist, was Erzberger am 6. Juli dem Reichskanzler erklärt hat, nämlich, daß sein Vorstoß lediglich die Schaffung einer parlamentarischen Mehrheit bezwecke. Im Falle Berger hat der Nebenkläger (Erzberger) auf mehrfaches Befragen zunächst geleugnet, die Bereitwilligkeit zum Eintritt in den Aufsichtsrat während seiner schiedsgerichtlichen Tätigkeit zugesagt und Berger mitgeteilt zu haben. In beiden Punkten konnte der Nebenkläger (Erzberger) seine Aussage nicht aufrechterhalten. Bei der Bedeutsamkeit dieser Fälle mußte der Nebenkläger sicher unterrichtet sein; sein Bestreben war aber offenbar, diese unglücklichen Umstände nach Möglichkeit verschwinden zu lassen.

In die dritte Gruppe „Unanständigkeiten" fällt, daß Erzberger, der noch am 25. Mai 1917 eine Entscheidung in einem Schiedsgerichtsverfahren zwischen der Firma Berger und dem Kanalamt unterschrieben hat, drei Wochen später in den Aufsichtsrat der Firma Berger eingetreten ist; die Annahme des Amtes als Aufsichtsrat war lange vorher zugesagt. Das Kanalamt aber wußte von dieser Zusage nichts. Unanständig ist weiter, daß Erzberger im Falle Berger als Schiedsrichter ständig einseitige Informationen von der Firma Berger entgegengenommen hat. Im Fall Jahnke ist zwar nicht erwiesen, daß Erzberger den Diebstahl im Flottenverein veranlaßt oder damit in Verbindung stand, aber als unanständig muß es bezeichnet werden, daß er die auf solche Weise verschafften Unterlagen zu politischen Zwecken benutzt hat usw.

Man brauchte über Herrn Erzberger wohl nur diese beiden vorstehenden, gerichtsnotarischen Tatsachen zu wissen, um auch vom demokratischen Standpunkte weit von ihm abrücken zu müssen.

Um nicht der Unvollständigkeit geziehen werden zu können, erwähnen wir noch die dilettantische Steuerpolitik Erzbergers, die bis nach Amerika, von wo uns allein ausreichende finanzielle Hilfe kommen könnte, abschreckend gewirkt hat. Auch diese Steuerpolitik hat die demokratische Fraktion mitgemacht.

Wir erwähnen ferner, daß Erzberger seine Unterschrift unter die Waffenstillstandsbedingungen gesetzt hat, die die Quelle allen Übels für uns geworden sind. Wir wissen inzwischen, was damals von den rechten Parteien und der rechten Presse aufs stärkste betont wurde, daß die Entente zu jener Stunde noch für weit entgegenkommendere Bedingungen zu haben gewesen wäre, die uns einen leidlichen Frieden gesichert hätten. Das wissen wir aus dem Munde und aus den Federn von Ententevertretern selbst.

Es kann also nicht als glückliche oder geschickte Politik der demokratischen Parteileitung gepriesen werden, sich durch ihre fanatischen Angriffe gegen den Staatssekretär Dr. Helfferich und durch ihr vorhergegangenes Paktieren mit Herrn Erzberger so nachdrücklich mit Erzberger identifiziert und die eigene Partei damit so schwer belastet zu haben.

Die demokratische Parteileitung verstand es auch nicht, bei der Kappaffäre besser abzuschneiden. Das demokratische Kabinettsmitglied Schiffer war bekanntlich nicht geflüchtet, sondern in Berlin geblieben, als die Kappisten eingerückt waren. Es ist inzwischen erwiesen worden, was zunächst mit mehr Eifer als Geschick bestritten wurde, nämlich, daß Herr Schiffer mit Kappleuten verhandelt hat. Verhandlungen oder sogenannte unverbindliche Besprechungen sind in solchen Fällen natürlich ganz dasselbe, so meint nun einmal der politische Beobachter nicht mit Unrecht. Man muß hierbei jede Sympathie oder Antipathie für und gegen Parteien und Personen beiseitesetzen und gerechterweise feststellen, daß die Verhandlungen von Exzellenz Schiffer gerade vom Standpunkte der demokratischen Partei entschuldbar, wenn nicht geboten waren. Die Regierung Bauer, deren Mitglied Exzellenz Schiffer ja war und mit ihr die demokratische Presse verkünden aber ostentativ: „Es ist nicht verhandelt worden.“ Genau so ist General Maerker abgeschüttelt worden. Schließlich mußten die Verhandlungen zugegeben werden. Auch die es gut mit der demokratischen Partei

meinen, fanden diesen Stolz, die Verhandlungen entweder tatsächlich nicht gewollt oder in gutem Glauben abgeleugnet zu haben, wenig verständlich. Da kam die Rede der deutschnationalen ehrwürdigen Exzellenz Dühringer, einst Mitglied des Reichsgerichts in Leipzig, wie ein erfrischender Hauch, in der Exzellenz Dühringer ausführte, die Verhandlungen Schiffers zeugten von staatsmännischer Begabung, gerade deshalb sei Schiffer wohl aus dem Kabinett ausgeschifft worden. Besser konnte diese kleine Episode nicht charakterisiert werden.

Wir wollen aber zur Steuer der Wahrheit den eigentlichen Grund für die Ableugnung der Verhandlungen der Regierung und der demokratischen Leitung mit den Kappleuten klarlegen: Man sah plötzlich aus der heillosen Wohlsituation der Regierung und der Demokratie einen Ausweg, wenn es gelang, die Kappaffäre den rechten Parteien in die Schuhe zu schieben. Das ging aber nur, wenn man selbst rein gar nichts mit ihr zu tun gehabt hatte, infolgedessen durften auch keinerlei Verhandlungen stattgefunden haben, sonst klang die Unschuld unglaubwürdig. Tatsächlich hatte sich die demokratische Leitung mit den Kappleuten eingelassen . . .: Das Wahlmanöver ist also für die, die Bescheid wissen, mißlungen, wird aber für die, die nicht alle werden, natürlich und trotzdem weiter ausgeschlachtet, sollte aber von selbstbewußten Wählern entschieden zurückgewiesen werden.

Im Zusammenhange hiermit muß der getreuliche Chronist auch die Rolle erwähnen, die die demokratische Parteileitung nach der Kappexpedition bei den Verhandlungen mit den Gewerkschaften, der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände und dem deutschen Beamtenbunde im Rahmen der Mehrheitsparteien spielte. Wir richten uns bei dieser Feststellung nach dem Bericht, den der Demokrat Gothein, der ebenfalls schon vorübergehend Reichsminister war, in dem führenden demokratischen Organ, dem „Berliner Tageblatt", niedergelegt hat. Die drei Verbände, Gewerkschaften, Angestellte und Beamte forderten bekanntlich und erhielten dann auch die Zusage des Eintretens u. a. für das Mitbestimmungsrecht bei Ernennung von Ministern und manches andere. Hierüber schreibt Herr Reichsminister a. D. Gothein im „Berliner Tageblatt" folgende Sätze:

„Das Verlangen, ihre Mandate niederzulegen oder aus ihrer Fraktion auszuscheiden, wenn es ihnen nicht gelänge, die Zustimmung ihrer

Fraktion für ihre Abmachungen zu erlangen, wiesen sie entschieden zurück. Die Fraktionen waren also nicht gebunden. Aber selbstverständlich sah es jeder Fraktionsvertreter als seine Pflicht an, in seiner Fraktion für die Annahme der Abmachungen mit allem Nachdruck einzutreten. Das haben sie pflichtgemäß getan."

Es wird also hier von einem führenden Demokraten festgestellt, daß neben den Zentrums- und mehrheitssozialistischen Abgeordneten auch die demokratischen sich verpflichteten „mit allem Nachdruck" bei ihrer Fraktion für die Annahme der Abmachungen einzutreten, und daß sie danach auch gehandelt haben. In der demokratischen Wählerschaft ist es nicht verstanden worden, daß demokratische Abgeordnete sich verpflichten konnten, für einen glatten Verfassungsbruch mit allem Nachdruck einzutreten. Derartige Entgleisungen der demokratischen Führung konnten natürlich nicht ohne Einwirkung auf deren Gefolgschaft sein, die darin mit Recht eine Verletzung des demokratischen Prinzips sieht und schließlich den Glauben an dieses Prinzip oder wenigstens an dessen nutzbringende Durchführbarkeit zu verlieren droht.

Die demokratische Parteileitung hat mit der Generalstreikparole, die sie gelegentlich der Kapp-Affäre ebenso wie die Sozialdemokratie ausgab, ihre Wählerschaft vollends verstimmt, weil sie mit der Empfehlung dieses gemeingefährlichen verfassungswidrigen politischen Kampfmittels das demokratische Prinzip aufs gröblichste verletzte. Die Wählerschaft sagt mit vollem Recht, daß eine Partei, die auf so unerhörte Weise ihre Grundsätze und die Verfassung verletze, keine Glaubwürdigkeit bei der Entrüstung über den Kappschen Verfassungsbruch beanspruchen könne. Die bei dieser Gelegenheit wieder dokumentierte enge Verbrüderung der demokratischen mit der sozialdemokratischen politischen Geschäftsgebarung hat die Wähler ebenfalls verstimmt. Dem neuen Parteiführer Senator Petersen fiel es daher auch sichtlich schwer, seine unmögliche „Definition" vom Generalstreik abzugeben. Um so leichter mag es Exzellenz Friedberg geworden sein, unter so heikler Geschäftsgebarung seiner Partei, dem Rat seines Arztes zu folgen, und sein Amt als Parteiführer niederzulegen.

Auch die vorschnelle Zustimmung der führenden demokratischen Presse zu der sogenannten Demokratisierung unseres, wegen seiner Unabhängigkeit hoch-

3*

geachteten Richterstandes hat bei der Wählerschaft begreifliche Erregung hervorgerufen. Das nachträgliche lahme Dementi konnte daran nichts mehr ändern. Wir setzen als getreue Chronisten den Wortlaut der regierungsseitigen Erklärung zu dieser höchst unerquicklichen Angelegenheit hierunter:

> „Das Urteil im Prozeß gegen den Prinzen Albrecht von Preußen hat in den preußischen Ministerkreisen einen sehr unerfreulichen Eindruck gemacht. Auf einer der nächsten Ministersitzungen wird man sich mit der Frage der Reinigung des Beamtenkörpers von den Elementen befassen, die nicht unbedingt auf republikanischem Boden stehen. Bei dieser Gelegenheit ist anzunehmen, daß auch die Zusammensetzung des Richterstandes einer Erörterung unterzogen werden wird."

Man kann sich also ungefähr vorstellen, wie es mit unserem Richterstande aussehen würde, wenn es nach dem sozialdemokratisch-demokratischen Parteiregiment weiterginge. Von den Mehrheitsparteien hat übrigens das Zentrum die Attacke auf unseren Richterstand nicht mitgemacht. Verhindert wurde die Kastration des Rechtsstaates durch den einmütigen energischen Einspruch der rechten Parteien mittels ihrer Presse.

Die Ansicht der führenden demokratischen Presse, die Demokratie der Entente werde der unseren helfen, ist noch weniger verständlich als die Rechnung der Sozialdemokratie auf ihre Ententegenossen, denn die Demokratie hat bekanntlich im Auslande vollständig abgewirtschaftet. In Frankreich ist schrankenloser Militarismus und Imperialismus am Ruder, in England war die imperialistische Partei niemals mächtiger als heute, in Amerika tritt soeben die demokratische Partei nach vollständigem Versagen die Herrschaft an die Republikaner ab. Die Republikaner entsprechen in ihrer ausgeprägten nationalen Tendenz etwa unseren rechten Parteien. Also mit der demokratischen Internationale ist es ebensowenig etwas, wie mit der sozialdemokratischen. Nur dürften solche „Irrtümer" überhaupt nicht vorkommen.

Wir könnten die Liste der kleineren und größeren Sünden der demokratischen Leitung noch fortsetzen, wir möchten indessen darauf verzichten, weil wir auch den Schein zu vermeiden haben, als wollten wir durch eine zu starke Häufung allerdings

unerschütterlicher Tatsachen auch nur mittelbar Kritik an einer Partei üben. Das ist bekanntlich nicht Aufgabe des vorliegenden Wahlbuches.

An einer Tatsache können wir trotzdem nicht vorübergehen, weil sie in der guten demokratischen Wählerschaft stärkste Mißstimmung hervorgerufen hat. Dies ist die fortgesetzte Beschimpfung und Verunglimpfung des Offizierkorps und der Reichswehr in den mehrfach zitierten führenden demokratischen Zeitungen. Mit Recht lehnen sich dagegen die guten demokratischen Kreise auf, denn zahlreiche ihrer Verwandten und Bekannten sind Offiziere gewesen oder sind es noch, und gerade jene Kreise waren stolz darauf, Offiziere zu ihren Angehörigen zählen zu können. Hierbei wird — man muß zugeben, ebenfalls mit Recht — ins Treffen geführt, daß so herabwürdigende Behandlung des Offizierkorps und der Reichswehr ein Übermaß voll Undank sei. Dem Offizierkorps und der Truppe, die uns in viereinhalb schweren Kriegsjahren den Feind von den Grenzen hielten, verdanke nicht nur die in der Heimat verbliebene Arbeiterschaft, daß sie ungestört arbeiten und gut verdienen konnte, sondern in noch viel größerem Maße die der demokratischen Führung so nahestehenden Handelskreise, daß sie ihren in große Summen steigenden Geschäften nachgehen konnten.

Ein praktisches Beispiel über die Behandlung der Offiziere seitens der sogenannten Demokratie aus jüngster Zeit mag hierher gesetzt werden: In Wilhelmshafen wurden bekanntlich die Marineoffiziere durch einen Gewaltakt der Meuterei ohne Befehl oder Anlaß unter falscher Beschuldigung der Teilnahme am Kappputsch von radikalen Untergebenen rechtswidrig festgesetzt. Das Reichsgericht bestätigte die Unrechtmäßigkeit dieses Vorgehens, das Wehrministerium befahl die Freilassung. Trotzdem wurden die Offizere von den Mehrheitsparteien in Wilhelmshafen, unter Führung der Demokraten noch tagelang der Freiheit beraubt und festgehalten. Das sind traurige Zeichen von demokratischer Auffassung im demokratischen Lager.

Wir können die vorstehende Nachlese aus der jungen parlamentarischen und öffentlichen Betätigung der demokratischen Partei, die wir, getreu unserem Motto: „Niemand zuliebe, niemand zuleide“ vornehmen mußten, nicht abschließen, ohne ausdrücklich festzustellen, daß unter den Wählern, die sich in der sturmbewegten Revolutionszeit um die neue Parteifahne scharten, zahlreiche wahre Idea-

listen sind. Wir finden Männer darunter, die am 19. Januar 1919, als sie ihren Wahlzettel für die demokratische Partei in die Wahlurne legten, ehrlich überzeugt waren, daß die Volksherrschaft, d. h. die Herrschaft der Masse, besser geeignet sei, einen großen Staat zu regieren als eine kleine Zahl staatsmännisch hervorragend begabter Männer mit glühender Vaterlandsliebe, bei denen Parteizugehörigkeit Nebensache ist, es vermöchte. Der Kampf um diese Staatsprinzipien wird weitergehen, das Resultat dieses ersten Wahlkampfes wird vielleicht schon zeigen, welche Früchte die bisherigen Erfahrungen mit der derzeitigen „Demokratie" getragen haben.

Die demokratische Partei hat überragende Persönlichkeiten oder auch nur interessierende Geister weder zu präsentieren, noch hervorzubringen vermocht. Die einzige Gestalt von warmer Beredsamkeit und von idealem Schwung war Friedrich Naumann, der inzwischen verstorben ist und von dem man seit geraumer Zeit wußte, daß er sich im Milieu der demokratischen Partei keineswegs wohlfühlte.

Ergebnis:

In der deutschen Wählerschaft gilt die demokratische Partei mit Recht belastet:

1. mit dem Regiment Erzberger und den Gesetzen der Nationalversammlung, einschließlich des Versailler Friedens,
2. durch ihre enge, sachliche Verbrüderung mit der Sozialdemokratie, mit den furchtbaren Zuständen im ganzen Reiche und auf allen Gebieten,
3. mit dem verhängnisvollen Irrglauben an die Hilfe der Ententedemokratie, der um so unverständlicher ist, als die Demokratie in Amerika abgewirtschaftet hat, als in Frankreich nicht Demokratie, sondern schrankenloser Militarismus herrscht, als in England nicht Demokratie sondern reinster Imperialismus am Ruder ist.
4. mit den Zusagen an die Nebenregierung der Gewerkschaften der Angestellten- und Beamtenverbände,
5. mit der undemokratischen Bereitwilligkeit zu Ausnahmegesetzen u. a. gegen die Kandidatur Hindenburg als Reichspräsident,

6. mit der zügellosen Beschimpfung des Offizierskorps und der Truppe in den führenden demokratischen Zeitungen,
7. mit der Bereitwilligkeit unseren Stolz, die Unantastbarkeit des deutschen Richterstandes durch sogenannte Demokratisierung zu untergraben,
8. mit der Aufforderung zum verfassungswidrigen Generalstreik.

Die Deutschnationale Volkspartei.

Die Abgeordneten und Wähler der Deutschnationalen Volkspartei gehören zu den deutschen Frauen und Männern, denen der 9. November 1918 nicht die Grundlagen ihrer politischen, staatlichen und sittlichen Weltanschauung zu erschüttern vermochte. Sie sind mit allen Vorzügen und Schwächen aufrechte Deutsche geblieben. Sie haben aber auch, inmitten der revolutionären Stürme, die den Wahltermin zur verfassunggebenden Nationalversammlung im Januar 1919 noch umbrausten, den Mut gehabt, ihre Gesinnung gegen den Sturm von links öffentlich zu bekennen. Sie drehten nicht die Fahne nach dem herrschenden Winde und wechselten ihre Überzeugung nicht wie ein Hemd. Es kam ihnen nicht darauf an, mit dem augenblicklichen Erfolg zu gehen, was immer bequem, für die Stunde meist lohnend ist, sondern sie wollten und wollen, wenn auch in schwerem, hartem, vielleicht langem Kampfe ihrem Staatsgedanken, dessen Nützlichkeit für das allgemeine Wohl ihre heiligste Überzeugung ist, wieder zum Siege verhelfen. Die Fehler und Schwächen des alten Systems, das durch die Revolution äußerlich beseitigt wurde, waren ihnen nicht unbekannt, aber sie wollten im Weltkriege nur ein Mindestmaß von Neuerungen und Änderungen vorgenommen wissen, weil sie anders in unvermeidlicher Zersplitterung und Zersetzung eine Lebensgefahr für das deutsche Volk sahen. Deshalb waren sie für innere Geschlossenheit bis zur Beendigung unseres Lebenskampfes, nach dem sie für die Forderungen der Zeit zu haben waren. Der tragische Verlauf der Ereignisse von der Friedensresolution ab hat ihnen leider recht gegeben. Die Revolution hat diesen Frauen und Männern die äußere Gestalt ihrer Staatsidee wohl zertrümmert, tatsächlich lebt aber der deutsche Staat nur von dem, was vom alten übrig geblieben ist. Die Staatsorganisation von

ehedem, so weit sie noch nicht unterminiert oder von dilettantischen Fingern verbogen oder unorganisch verzaust ist, hält allein das Staatsgefüge zusammen und läßt die Staatsmaschine, wenn auch mit Reibungen und Defekten, mühselig weiterfunktionieren. Diese Haltung der deutschnationalen Frauen und Männer und der von ihnen in die Nationalversammlung abgeordneten Persönlichkeiten haben neben dem Mut der Überzeugung noch den Vorzug, daß sie auf guten Traditionen, auf Erfahrungen, auf geschultem, politischem Blick beruht. Sie ist nicht künstlich, nicht von irgendwelchen Agitatoren eingepaukt. Mit der Fortentwickelung der „revolutionären Errungenschaften wird der katastrophale Unterschied zwischen dem, was ist, und dem, was war, auch dem Auge immer klarer, das nicht mit besonderer politischer Sehschärfe ausgerüstet ist. Das kann nicht wundernehmen. Politische, staatswirtschaftliche, kulturelle, staatsmoralische Erfahrungen positiver und erwiesen verdienstlicher Art, sind in ein paar Revolutionswochen oder -monaten oder -jahren aus negativem, zerstörendem Milieu heraus nicht einzuholen, nicht einmal nachzuahmen. Daher ist die Fähigkeit, zu regieren, den Staat wirtschaftlich, kulturell und sittlich zu leiten und ihn wie auf die Alpenhöhe des Jahres 1914 zu führen, bei den Frauen und Männern, die von der deutschnationalen Wählerschaft in die Nationalversammlung geschickt wurden. Deshalb ist die eklatante, das Deutsche Reich in den Ruin stoßende Unfähigkeit in allem, was regieren heißt, im Lager der anderen und bei denen, die erschrocken, oder politisch unreif in jenes Lager flüchteten. Die Deutschnationale Volkspartei hält auch inmitten der weiter brodelnden und zeitweise erumpierenden revolutionären Bewegung am monarchistischen Staatsprinzip fest, nicht weil sie unter allen Umständen einen Monarchen in Berlin, in München, in Dresden oder in Stuttgart sehen möchte, sondern weil sie in der Monarchie, wenn auch unter ganz anderen, weit beschränkteren persönlichen Befugnissen des jeweiligen Monarchen, die für die germanischen Stämme, die ja den weit überwiegenden Teil der deutschen Staatsbürger stellen, die beste, durch Tradition und Bewährung nützlichste und passendste Staatsform für das Deutsche Reich sieht. Es ist vielfach auch von den Anhängern der Deutschnationalen Volkspartei kritisiert worden, daß der monarchische Staatsgedanke für heutige Zeitläufe zu stark in den Vordergrund gestellt werde Diese Kritik an nicht genügend raffinierter Parteitaktik kann hier und in anderen Fällen nicht ohne weiteres von der Hand gewiesen werden Man wird sich aber wohl damit abfinden müssen, daß den Herren von den rechten Parteien,

die rückhaltlose Vertretung ihrer Überzeugung über der Parteitaktik steht. Allerdings haben auch die Deutschnaionalen recht, die sagen, in einem sogenannten demokratischen Staatswesen solle doch jedermann unbehelligt seiner Überzeugung leben können, gerade aber von demokratischer und sozialdemokratischer Seite,in deren führenden Zeitungen kaum noch ein Unterschied zu merken ist, kämen die Angriffe gegen monarchische Gesinnung, und zwar vielfach von Leuten, die sich früher glücklich schätzten, einem richtigen, lebenden Monarchen, wenn auch nur von weitem, ihre Reverenz erweisen zu können. Dieser Gegenkritik an dem demokratischen und sozialdemokratischen Verhalten kann allerdings, wenn man objektiv bleiben will, schon deshalb die Berechtigung nicht abgesprochen werden, weil die rechten Parteien die Herstellung der Monarchie nicht mit Gewalt anstreben, sondern ganz ausschließlich auf verfassungsmäßigem Wege d. h., wenn einmal eine Mehrheit im deutschen Volke für Wiederaufrichtung der Monarchie vorhanden sein sollte, wollen sie die Monarchie wieder einführen. Das ist also ein echter verfassungsmäßiger Grundsatz, während die Beschimpfung der Monarchisten durch sozialdemokratische und die führenden demokratischen Blätter undemokratisch ist. Aus diesem verfassungsmäßigen Grundsatze der Deutschnationalen Volkspartei geht u. a. hervor, daß sie gegen das Kappsche Verfahren sein mußte. Alle anderen Deutungen sind also Fabeln, Kombinationen oder Böswilligkeiten.

Natürlich wird der Kappfaden phantasievoll weiter gesponnen. Die Kappaffäre soll gar die Revolution im Ruhrgebiet erzeugt haben. Kapp soll wohl den 100 000 Rotgardisten die Gewehre, die Maschinengewehre, die Minenwerfer, die Handgranaten, die schweren Geschütze geliefert haben, in tatsächlich fünf Tagen seiner Herrschaft, die machtmäßig nur die innere Stadt Berlins deckte. So dumm sind die Wähler von heute auch nicht, um derartige Kinderschauermärchen zu glauben, die Revolution im Ruhrgebiet war langer Hand von den Kommunisten und ihren Anhängern politisch vorbereitet. Die Waffen waren verteilt. Die Führerstellen waren besetzt. Mobilmachungs- und Operationsplan waren längst fertig. Die ausländischen Sachverständigen waren zur Stelle. Es fehlte nur die Kriegserklärung, sie sollte erfolgen, sobald die Sowjetarmee in Rußland marschbereit, das Wetter ihr günstig war. Der russische, bolschewistische Anmarsch, auch ohne große Waffenerfolge, wäre eine ungeheure moralische Unterstützung für den deutschen bolschewistischen Aufstand gewesen. Die

Kappexpedition nach Berlin hat diesen Plan des Zweifrontenkrieges der Bolschewisten und ihrer Helfer in anderen Lagern vorzeitig zur Ausführung gezwungen. Das ist neben der Aufdeckung gewisser Wahlmanöverchen der Linken, neben der drastischen Beleuchtung der unechten Demokratie der einzige sachliche Nutzen, den Kapp gebracht hat, ohne sein Wissen und Wollen, deshalb entlastet er ihn nicht. Alle diese Vorkommnisse und deren Zusammenhänge sind so sonnenklar, daß sie selbst bei denen, die nicht alle werden, kaum verfangen werden....... und schließlich, so sagt man im Lager der deutschnationalen Wähler, in dem wir uns ebenfalls als Chronist umzusehen wußten, an „solcher Gefolgschaft, die solchen Unsinn glaubt", ist uns nichts gelegen. Nach dieser objektiven Berichterstattung parteipolitischer Art möchten wir auf die kritische Bemerkung eingehen, die uns über die Deutschnationale Volkspartei gemacht worden sind. Sie behandeln im wesentlichen die Parteitaktik, die allzu wenig den Zeitläuften, der von den linken Parteien, wenn auch mit unerfüllbaren Versprechungen, so doch erfolgreich geköderten Masse, dem so leicht und billig erhaschbaren Beifall der Straße und der Gasse zu wenig Rechnung trage. Das Visier der Partei sei offen, die linken Parteien lüfteten es nur ab und zu, die Deutschnationalen seien zu wenig wendig, zu wenig anpassungsfähig an Stimmungen. Was sie wollen, sei gut und brauchbar, sicherlich unsere einzige Rettung, denn früher sei es ja sehr gut unter dem Zepter der Rechten gegangen, der Beweis des Könnens sei also erbracht, aber, aber.......... weshalb nicht ruhig etwas mitschieben, politisch natürlich nur, weshalb nicht etwas Theater, weshalb nicht etwas klappern, was ja schließlich auch zum politischen Handwerk gehört usw. Diese Kritik hat etwas Bestechendes, vielleicht etwas Brauchbares in sich. Dennoch muß man offen aussprechen: das politische Schiebertum stünde den Rechten nicht zu Gesicht, wir würden sie nicht wiedererkennen. Es paßt nicht ins rechte Lager, und schließlich haben all diese Dinge ein kurzbefristetes Dasein. Man sieht es deutlich daran, in wie kurzer Zeit und in wie gründlicher Weise die Sozialdemokratie diskreditiert bis auf die Knochen, die Scheindemokratie bis zu häßlicher, schäbiger Nacktheit bloßgestellt ist — so sagt der Gegensprecher. Man wird ihm, bis auf Kleinigkeiten, recht geben müssen. Wer die Sache der Rechten für recht hält und sie verficht, muß sich nun einmal mit solchen „Mängeln der Taktik" zugunsten der freien ungeschminkten Überzeugungstreue abfinden. Die eingangs geschilderte

Lage, in die Wählerund Abgeordnete der DeutschnationalenVolkspartei durch die Revolution, durch Vernichtung des Kaiserreichs auf der einen, durch getreues Festhalten an der guten Tradition gewissenhafter Staatsarbeit gekommen waren, wurde auch entscheidend für die Handlungen der deutschnationalen Fraktion in der Nationalversammlung. Sie hat auf das entschiedenste und widerholt gegen die Art Schnellgesetzmacherei in der Nationalversammlung protestiert. Es ist bekanntlich vorgekommen, das die rechten Parteien Entwürfe wichtigster Gesetze, die dann in wenigen Tagen von den Mehrheitsparteien durchgepeitscht wurden, ganze 48 Stunden vor dem ersten Verhandlungstage zugestellt erhielten. Das ist ein ganz unerhörter, noch nie dagewesener Zustand. Die Partei hat also eine prinzipiell ablehnende Haltung gegenüber solcher Schleudergesetzgebung eingenommen. Sie hat aber auch den materiellen Inhalt der meisten Gesetze, die schon gar nicht zu den Aufgaben der Nationalversammlung, sondern zu denen des gemäß der Verfassung zu wählenden Reichstages gehörten, bekämpft. So hat sie gegen das Reichsnotopfer und gegen die vom Reichsminister Erzberger beliebte Steuerpolitik gestimmt, wie auch gegen eine ganze Reihe anderer aus der Nationalversammlung hervorgegangener Gesetze. Wenn die Deutschnationale Volkspartei trotzdem an der sachlichen Gesetzesarbeit teilnahm, so tat sie dies aus dem traditionellen Grundsatze positiver Arbeit, aus der Ablehnung unfruchtbarer negativer Opposition, und weil sie im Interesse der Allgemeinheit wenigstens das Schlimmste zu verhüten versuchte. Wenn ihr das nicht gelungen ist, so kann das nicht auf das Schuldkonto der Deutschnationalen Partei, sondern ausschließlich auf das der Mehrheitsparteien, die unter souveräner Leitung des Herrn Erzberger standen, gebucht werden. Die Mehrheitsparteien haben gesetzgeberisch schrankenlos geherrscht und alle Warnungen der wohlmeinenden rechten Parteien in den Wind geschlagen. Den uns vernichtenden Friedensvertrag von Versailles, den man zu den dringenden Gesetzen zu rechnen hat, die von der Nationalversammlung zu verabschieden waren, hat die Deutschnationale Volkspartei abgelehnt. Sie tritt also rein und unbelastet mit dem Zustand von heute vor die deutsche Wählerschaft. Nach allem, was man aus der Presse, in Versammlungen, in den ordentlichen Kreisen der deutschen Bevölkerung vernimmt, werden die deutschen Frauen und Männer, die ungetrübten Blickes die politischen, wirtschaftlichen und sittlichen Zustände sehen, in die

das deutsche Reich durch Revolution, durch Annahme der Waffenstillstandsbedingungen und des Versailler Friedens, durch unkundige Leitung der Staatsgeschäfte, durch schädliche Gesetzgebung der Mehrheitsparteien geraten ist, bei der Reichstagswahl zu den Fahnen der beiden rechten Parteien strömen, zur deutschnationalen Volkspartei und zur Deutschen Volkspartei. Was in den bisherigen allgemeinen Ausführungen über die Deutschnationale Partei gesagt wurde, gilt unverändert auch für die Deutsche Volkspartei und wird deshalb in dem folgenden Kapitel, das der Deutschen Volkspartei gewidmet ist, nicht wiederholt.

Der vorstehenden Kennzeichnung des Wollens und Handelns der Deutschnationalen Volkspartei entspricht auch die Wesensart der Persönlichkeiten, die von den deutschnationalen Wählern in die Nationalversammlung geschickt wurden und für die bevorstehenden Reichstagswahlen kandidieren werden.

Der Führer der Deutschnationalen Volkspartei ist der letzte preußische Finanzminister vorrevolutionärer Zeit, Exzellenz Hergt, der für die Verhältnisse des alten Staates sehr jung Minister wurde, weil er ein sehr fähiger, sachkundiger Beamter war. Wir sehen auf den Bänken der Partei den alten Grafen Posadowsky-Wehner, der im früheren Staate lange Jahre an der Spitze des Reichsamts des Innern stand und dessen sozialer Gesetzgebung selbst die Sozialdemokratie die Anerkennung nicht versagen konnte. Graf Posadows ky, der noch inmitten der Revolutionsstürme für die Staatsidee der Rechten, die immer die seine gewesen war, in die Bresche sprang, zieht sich nun, fünfundsiebzigjährig vom politischen Kampf zurück und wird nicht mehr kandidieren. Den Zielen der Partei bleibt er treu. Exzellenz Clemens v. Delbrück ist ebenfalls ein erprobter Beamter von reichen Erfahrungen, und Exzellenz Düringer, der durch seine erfrischende Rede zur Koppiade hervortrat, war ein hochangesehenes Mitglied des deutschen Reichsgerichts in Leipzig. Hergt, Posadowsky, Delbrück, Düriger verkörpern mit anderen die Brücke zu dem, was am alten Regime gut war und erhalten bleiben soll. Was schlecht war, will die Deutschnationale Volkspartei natürlich unter gar keinen Umständen wieder aufleben lassen. Unter den Persönlichkeiten, die im parlamentarischen Leben noch nicht hervorgetreten waren, weist die Deutschnationale Volkspartei Männer

von ausgezeichneten Befähigungen, von reichen Erfahrungen und Erfolgen aus den großen privatwirtschaftlichen Gebieten auf, die sich in ihrem jungen parlamentarischen Leben bereits die Sporen verdienen konnten. Unter ihnen sehen wir den Geheimen Finanzrat Dr. Hugenberg. Dr. Hugenberg ist moderner Politiker und Wirtschaftspolitiker, der die Erfordernisse der Zeit nicht verkennt. Er hat z. B. den wichtigen Gedanken in die wirtschaftliche Diskussion geworfen, wo es irgend angeht, eine Geschäftsbeteiligung der Arbeitnehmer durchzuführen. An dieser Stelle muß auch die bedeutsame christlich-soziale Bewegung hervorgehoben werden, die im Rahmen der Deutschnationalen Volkspartei vor sich geht. Die Arbeiterschaft, die sich dieser Partei angeschlossen hat, fühlt sich sehr wohl dabei und dürfte am Ende aller Verwirrungen unserer Tage am besten gefahren sein. Durch diese Beteiligung der Arbeiter an den Geschäften der Partei ist der Name Volkspartei ebenso berechtigt wie durch das Ziel der Partei, dem ganzen Volke zu dienen.

In die Deutschnaiionale Volkspartei werden, wie hier ausdrücklich erwähnt sei, nicht nur, wie vereinzelt, aber irrtümlich angenommen wird, evangelische Mitglieder aufgenommen, das ergibt sich schon aus der Tatsache, daß die Partei schon längst zahlreiche, sehr aktiv für die Partei tätige katholische Mitglieder aufweist.

Die übrigen ausgezeichneten Vertreter der Deutschnationalen Volkspartei zu nennen, verbietet der Raum, es erübrigt sich auch, denn es genügt für die vorliegende Aufgabe, die Typen zu zeigen und damit den Nachweis zu erbringen, daß hier kundige Männer sitzen die unser schwergeprüftes Vaterland, wenn es noch möglich sein sollte, aus dem Chaos ans Licht zu führen vermögen.

Ergebnis:

Die Deutschnationale Volkspartei tritt unbelastet mit den Zuständen von heute, mit blankem Schild in den Wahlkampf!

Die Deutsche Volkspartei.

Die Deutsche Volkspartei will den Sammelpunkt für alle nationalen und in bestem Sinne liberalen Elemente des deutschen Volkes und dabei eine rechte und echte Mittel-

standspartei sein. Darin liegt eine logische und in der wiederholten Betonung wahrhafter demokratischer Grundsätze, moderne Entwicklung der Partei, deren Ziel es ist, die zeitgemäße Fortführung der früheren angesehenen Nationalliberalen Partei zu sichern. Die vollkommenste Toleranz in Glaubenssachen gehört zu den wichtigsten Grundsätzen der Deutschen Volkspartei.

Getreu diesen Traditionen steht die Deutsche Volkspartei zu der einmal in Weimar beschlossenen Verfassung. Daraus ergibt sich die ablehnende Stellung der Parteien dem Kapputsch gegenüber, die sich am klarsten aus den Bemühungen ersehen läßt, die das Mitglied der Deutschen Volkspartei, der ausgezeichnete, frühere sächsische Minister Exzellenz Heintze, unternahm, um durch den Rücktritt von Kapp und Lüttwitz die verfassungsmäßigen Zustände wiederherzustellen. Diese einwandfreie Handlungsweise der deutschen Volkspartei mußte denn auch, obwohl mit süßsaurer Miene in der Nationalversammlung von demokratischer Seite ausdrücklich zugegeben werden. Gelegentlich dieser Feststellung wollen wir die Haltung der Regierung und der Parteien in der Kappsache objektiv registrieren.

Die Regierung, die sozialdemokratische und demokratische Presse hatten objektiv und wahrheitsgemäß festgestellt, daß die rechten Parteien dem Kapp-Putsch fern standen. Das geschah, als die Vorbereitung zum Putsch entdeckt war, und man allgemein glaubte, die Regierung werde stark und hart genug sein, ihn zu verhindern. Als der Kapp-Putsch wider Erwarten doch kam, zunächst Erfolg hatte und dann kurzlebig zusammenbrach, hörte man's freilich anders. Der Grund hierfür liegt klar zutage. Vor dem unseligen Kapp-Unternehmen ging es den Sozialdemokraten und Demokraten sehr schlecht, der Prozeß Erzberger, dieses Erzdemokraten und Steigbügelhalters der Sozialdemokratie, hatte die ganze Morschheit und Fäule des Systems von heute schonungslos aufgedeckt. Die Unfähigkeit der Regierung schrie zum Himmel und schreckte auch die politisch Schwerhörigsten auf. Das Wirtschaftsleben versandete und versumpfte. Der auswärtige Dienst des Reiches wurde immer kläglicher. Die Staatsmaschine kam ins Stocken. Verkehr, Ernährung, Volkshygiene gingen ihrem sicheren Ende unter den erschrockenen Augen des Volkes und des Auslandes entgegen. Die hilfesuchenden Blicke des deutschen Volkes wendeten sich nach rechts, weil

inzwischen erwiesen war, daß man von links nur Schlimmeres, aber keine Besserung erwarten konnte. Die Wahlen mußten für die rechten Parteien glänzend werden. Nun kam unvermutet der Zwischenfall Kapp, als mögliche Rettung, als mögliche .... Ein anderer Strohhalm war nicht da, deshalb griffen die zitternden Hände der Unfähigen, der Blamierten, der Hoffnungslosen nach dem Strohhalm Kapp. Auf einmal sollten die rechten Parteien mit bei der Partie gewesen sein, nur so konnte, vielleicht, die Wahlschlacht gerettet werden, vielleicht ... Wo aber bleibt die Logik? Da die Lage für die rechten Parteien so überaus glänzend war, sollten sie so dumm sein, sie durch Kapp und Genossen verderben zu lassen, so dumm bei all dem Raffinement und der Gerissenheit, die den rechten Parteien von den linken nachgesagt werden? Ach nein, hier im Wahlbuche wollen wir von der ersten bis zur letzten Zeile ehrlich sein: eines von beiden geht nur. Inzwischen ist einwandfrei erwiesen worden, daß, getreu ihren Grundsätzen, weder die Deutschnationale Volkspartei noch die Deutsche Volkspartei mit der Kapp-Affäre etwas zu tun hatten, da halfen auch nachträglich gefälschte Parteiextrablätter nichts. Die demokratische und die sozialdemokratische Partei werden trotzdem mit der Anklage der Kapp-Beteiligung während des Wahlkampfes agitieren, die deutschen Wähler werden über diese Strohhalmpolitik nur lächeln, denn sie haben sich inzwischen aus dem Tatsachenmaterial das eigene Urteil gebildet. Aber dieses verdächtige eifrige Bemühen, den Kapp-Putsch den rechten Parteien in die Wahlgaloschen zu schieben, hat noch die sonderbare Begleiterscheinung, daß Sozialdemokraten und Demokraten ableugneten, mit den Kappisten verhandelt zu haben, bis auch diese Tatsache unleugbar festgestellt wurde. Solche Verhandlungen sind doch aber vom sogenannten demokratischen und sozialdemokratischen Standpunkte Pflicht und Gewohnheit, unser ganzes Staatsleben besteht deshalb unter dieser Herrschaft nur aus verhandeln .. Aber man wollte wohl darzutun versuchen, daß man mit solchen .. Kappmenschen überhaupt nicht spricht. Ebenso ist erwiesen, daß die damalige Regierung mit Kapp verhandelt hat, ebenso ist richtig, daß die Regierung den von ihr selbst theoretisch und praktisch als gemeingefährlich bekämpften Generalstreik gegen Kapp ebenso wie die Demokraten empfohlen hat. Wieviel Dummheit traut man eigentlich den Wählern zu auf der Linken, und wie kommt es wohl, daß man solches ungeheuerliches Maß an Dummheit vermutet, und wo vermutet man es wohl? Hat man Erfahrungen damit gemacht? — — — —

An der Spitze der Deutschen Volkspartei steht der ausgezeichnete Staatsrechtslehrer Geheime Justizrat Dr. Kahl, dessen maßvolle, klug abwägende Sprachform bei überlegenem, stets sachlichem Urteil wohltuend ausfällt. Er ist ein sehr fähiger, erfahrener, streng rechtlicher Mann, dessen Persönlichkeit allein dafür bürgt, daß solcher Unsinn wie die Kapp-Affäre von der Partei nicht mitgemacht wurde. Aus der der alten nationalliberalen Zeit ist Dr. Stresemann seinem Temperament entsprechend auf vorgeschobenen Parteiposten geeilt, um die alte Fahne zu verteidigen, ohne dabei die Erfordernisse der neuen Zeit zu ignorieren. Er ist ein ebenso hervorragender Goethekenner wie politischer Redner. In seiner ersten Wahlkampfrede Ende April 1920 lehnte Dr. Stresemann eine Verschmelzung der Partei nach rechts oder nach links ab, sprach sich aber für gute Beziehungen zur Deutschnationalen Volkspartei, also nach rechts aus. Dementsprechend lautet seine Parole: der Feind steht links! Unter den staatsmännisch geschulten Persönlichkeiten der Deutschen Volkspartei ragt der frühere hessische Finanzminister Dr. Becker hervor. Er verfügt neben ausgezeichneter Sachkunde auf dem Gebiete der Staatsfinanzen über eine überzeugende Darlegungsgabe. Die Mehrheitsparteien haben seine ernste, sachliche Arbeit durch ihre Beschlüsse zunichte gemacht. Aus dem großen privatwirtschaftlichen Leben stellte die Partei u. a. den Generaldirektor Dr. Voegeler, der mit sachkundigen starken Reden das Interesse der Öffentlichkeit weckte. Geheimrat Rießer (Hansabund) gehört zu den besten Sprechern der Partei und verfügt über beachtenswerte Kenntnisse unseres Wirtlebens. Also auch in der Deutschen Volkspartei sitzen Männer, die kundig des Staatshandwerks wie der Volkswirtschaft und für viele die Hoffnung auf bessere Zeiten sind. Die Deutsche Volkspartei hat ebenfalls allen gemeinschädlichen Gesetzen der Nationalversammlung ihre Zustimmung versagt, hat aber trotzdem aus der Tradition positiver schaffender Arbeit heraus, mitgearbeitet. Die Verantwortung für die endgültige Fassung der Gesetze tragen ausschließlich die Mehrheitsparteien.

Ergebnis:

Die Deutsche Volkspartei tritt unbelastet mit den Zuständen von heute, mit blankem Schild in den Wahlkampf!

Die Unabhängige sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Was bei den Mehrheitssozialisten im allgemeinen über die Sozialdemokratie gesagt wurde, gilt auch für die Unabhängigen. Die Trennung der Unabhängigen von den Mehrheitssozialisten kam formell wegen der Kriegskredite zustande, die vom linken Flügel der Sozialdemokratie verweigert wurden. Dieser linke Flügel etablierte sich dann als Unabhängige. Seitdem kämpft er mit größter Heftigkeit gegen die frühere eigene Partei und naturgemäß gegen die Regierung, deren Hauptträger Mehrheitssozialisten sind. In der Arbeiterschaft wurde immer radikalere Agitation getrieben, und schließlich bekannten die Unabhängigen sich offen zum russischen Rätesystem, und zwar zu einem Zeitpunkte, als das Rätesystem in Rußland vollkommen versagt hatte, und bereits alles einschließlich der russischen Arbeiterschaft ruiniert war. Diese Anlehnung an das System des russischen Bolschewismus kann nicht überraschen, denn Rosa Luxenburg, die damalige geistige Führerin der Bewegung, die Karl Liebknecht und allen männlichen Führern weit überlegen war, hatte bis zu ihrer Scheinheirat russische bzw. russisch-polnische Staatsangehörigkeit und hatte in Rußland studiert. Rosa Luxenburg und Karl Liebknecht starben infolge des selbstgeschürten Aufruhrs, wie erinnerlich, eines gewaltsamen Todes. Der umstrittene Führer der Unabhängigen wurde dann der Königsberger Rechtsanwalt Hugo Haase, der an den Folgen des auf ihn am Reichstagsgebäude verübten Attentates starb. Schon als Haase noch lebte, war der Einfluß Oskar Cohns in der Partei sehr erheblich. Während Haase einer der Abgeordneten war, die schon im Jahre 1917, also mitten im Kriege, von den ersten meuternden Matrosen ins Geheimnis gezogen wurden und nicht nur nichts gegen das Weiterfressen der Bewegung taten, sondern den Meuterern rieten, nur so weiter zu machen, aber wegen der schliemmen persönlichen Folgen vorsichtig zu Werke zu gehen, war es Oskar Cohn, dessen Beziehungen wiederum nach Rußland wiesen. Er hat mit dem Botschafter der russischen Sowjetregierung in Berlin, Joffe, der später heimgeschickt wurde, enge Beziehungen unterhalten und von ihm russisches Geld bekommen, das er, soweit es ging, in den Dienst der deutschen Revolution leitete.

Die **Unabhängigen** arbeiten damit, daß die Mehrheitssozialisten, ihre Parteigenossen von gestern, dem Proletariat nicht die gegebenen Versprechungen gehalten hätten, und versprachen immer mehr, so daß ihnen schließlich für Verheißungen rein nichts mehr übrig blieb. Da schon die Versprechungen der Mehrheitssozialisten nicht zu halten waren, weil sie eben Utopien, d. h. Unerfüllbarkeiten sind, so sind die weitgehenden Versprechungen der Unabhängigen auf die Dauer erst recht nicht zu erfüllen, jedenfalls nicht zum Nutzen der Arbeiterschaft, der sie ja gelten. Die Unabhängien haben wiederholt mit den **Kommunisten** verhandelt. Zu einer Einigung beider Parteien ist es bisher nicht gekommen, so daß man vorläufig ein parteitaktisches Manöver darin zu sehen hat, damit nicht die Kommunisten, als radikalste Gruppe, die Oberhand gewönnen. Bei einem Siege der einen oder der andern dieser Parteien würde man sie zweifellos vereint wiedersehen, denn schon sind führende Männer der Unabhängigen in die kommunistischen Reihen eingetreten, sie würden dann den früheren unabhängigen Genossen die Hand reichen.

Rätesystem mit Diktatur des Proletariats und sofortiger Friede mit Sowjetrußland sind die Hauptforderungen der Unabhängigen und Kommunisten. Der Wunsch nach Frieden mit Sowjetrußland — einem Frieden mit einem leidlich geordneten Rußland widersetzt sich natürlich kein vernünftiger Mensch — schließt wohl den Wunsch in sich, direkt aus der Quelle des Bolschewismus neue Kraft für die gleichartige Bewegung in Deutschland zu schöpfen.

Bei den kommenden Wahlen werden die radikalsten Wahlparolen von dieser Seite kommen, weil man hofft, dadurch den verhaßten Genossen, den Mehrheitssozialisten, den Wind aus den Segeln zu nehmen und ans Staatsruder zu kommen. Die Arbeiterschaft ist für den Wahlkampf systematisch radikalisiert worden. Trotzdem bleibt die Frage offen, ob die deutsche **Arbeiterschaft** darauf hineinfällt. Die **Vorgänge** im **Ruhrgebiet**, Ende März und Anfang April 1920, haben das Versagen auch der unabhängigen Absichten und Führung sehr deutlich gemacht, denn schließlich mußten die **Unabhängigen** selbß dringend um **Hilfe durch die Reichswehr** bitten, derselben Reichswehr, die sie wenige Tage vorher mit Stumpf und Stiel ausgerottet sehen wollten. Es wäre immerhin verwunderlich, wenn dieser Widerspruch, der doch recht zu denken gibt, nicht auch der Arbeiterschaft selbst auffiele.

Jedenfalls rechnen wohl auch die unabhängigen Führer mit solchen Möglichkeiten, denn neben ihren schon erwähnten Verhand-

lungen mit den Kommunisten, verhandelten sie bis vor wenigen Wochen auch mit den verhaßten Mehrheitssozialisten über eine eventuelle Vereinigung beider Parteien zum Wahlkampfe. Die Mehrheitssozialisten waren natürlich bereit, Zugeständnisse nach links zu machen — Philipp Scheidemann macht bekanntlich alles — aber es hat wohl nicht ausgereicht. Die deutsche Arbeiterschaft, soweit sie noch zur sozialdemokratischen Fahne steht, und soweit sie noch nicht weiß, worum es für sie selbst geht, steht bei den Wahlen vor schwerer Entscheidung. Es ist ihr eigenstens Schicksal, das sie an der Wahlurne bestimmt. Das Wort Arbeiterschaft kommt von Arbeit her. Nur wer Versprechungen auf Grund von ordnungsmäßiger Arbeitsleitung macht, verspricht etwas Erfüllbares. Andere Versprechungen sind für die Arbeiterschaft auf die Dauer wertlos wie für jeden anderen Stand! Einmal wird diese Erkenntnis in allen Erdenwinkeln leuchten, hoffentlich nicht erst, wenn es zu spät ist.

Für die Unabhängigen Sozialdemokraten gelten formell die Grundlagen des Erfurter Programms, die jedoch im März 1919 durch ein Aktionsprogramm und im Dezember 1919 weiter radikalisiert wurden. Wenn auch die Unabhängigen offiziell mit dem Spartakusbunde nicht verbunden sind, also öffentlich nicht mit dem Kommunismus marschieren, so sind die endgültigen Ziele dieser beiden sozialistischen Gruppen doch so verwandt, daß man sie kaum unterscheiden kann.

Ergebnis:

Die Unabhängige Sozialdemokratie ist belastet:

1. mit Vorbereitung und Durchführung der Revolution inmitten des Lebenskampfes des deutschen Volkes,
2. mit der Anlehnung an das russische Rätesystem, dessen vernichtende Wirkungen längst erwiesen sind,
3. mit dem Bruderkrieg in Deutschland,
4. mit der Absicht der Errichtung einer Diktatur einer Minderheit, nämlich des Proletariats, also mit der Absicht eines neuen Umsturzes usw.

4*

Die Kommunistische Partei Deutschlands.

Die Kommunistische Partei hat bekanntlich die Gemeinsamkeit allen Besitztums als sogenannte Lehre, besser gesagt als Agitationsmaterial für die, die nicht alle werden. Jedes Privateigentum würde damit beseitigt und zum Gemeineigentum werden. In Rußland sollte dieses Prinzip durchgeführt werden; bis zum vollkommenen Ruin staatlichen und wirtschaftlichen Lebens und bis zur Versklavung der Arbeiterschaft, die jetzt mit der Schußwaffe und unter Androhung der Todesstrafe arbeiten oder in der Roten Armee dienen muß, ist das Prinzip durchgeführt. Man nennt es dort Bolschewismus, von dem wir die Anfangsproben schon in Deutschland genossen haben oder noch genießen. Bürgerkrieg, Bandenwesen, wilde Streiks, Plünderungen, Mord, Raub, Grabschändungen, Unsittlichkeit, Disziplinlosigkeit bilden die ersten Schritte auf dem kurzen Wege zum Ruin aller Klassen des Volks. Merkwürdig ist bei solchen Volksbeglückungen, daß die einzigen, die am Ende des Programms noch etwas und zwar sehr viel besitzen, nämlich, was sie den andern fortgenommen haben, eben jene wenigen Volksbeglücker sind, von denen die verführerische Lehre ausgegangen ist, und die sie in die Tat umgesetzt haben. Die der Irrlehre folgten, sich die Köpfe blutig schlagen ließen, gingen leer aus — die Führer ins sichere Ausland. Nur eine starke Regierung, die nicht mit sich spielen, sich nicht auf der Nase herumtanzen läßt, die mit derartigen destruktiven Elementen nicht verhandelt, sondern gegen sie handelt, kann in Zeiten solcher geistigen und moralischen Epidemien Herr der Lage bleiben. Sie braucht dazu eine gut disziplinierte, von kundigen und zuverlässigen Offizieren und Unteroffizieren geführte Wehrmacht. — Die Kommunistische Partei Deutschlands war in der Nationalversammlung offiziell nicht vertreten. Spartakus bedeutet dasselbe.

Die Nachrichten über die tatsächlichen Zustände in Sowjetrußland sind spärlich. Das ist in Verbindung mit hermetischer Abschließung eines großen Landes ein bedenkliches Zeichen. Was uns an amtlichen und privaten Nachrichten zugeht, ist äußerst trübe. Wir setzen hierunter die vor Drucklegung des deutschen Wahlbuches erschienenen letzten Zeitungsmeldungen.

Die Arbeitspflicht in Sowjet-Rußland.

Kopenhagen, 9. April. Golos Rossiji bespricht in einem Artikel den vor kurzem abgehaltenen russischen Wirtschaftskongreß, an dem etwa 250 Vertreter der Bauern, der kooperativen Gesellschaften und der Industrievereinigungen teilnahmen, ebenso die Mitglieder der Sowjetregierung. Der Vorsitzende des Wirtschaftsverbandes, Rykow, erklärte, daß der Gegensatz zwischen Stadt und Land sehr stark sei und die Bauern sich vielfach weigerten, den Städten Lebensmittel zu liefern. Die Nationalisierung des Handels habe zu allgemeinen riesenhaften Spekulationen geführt. Der Versuch, das wirtschaftliche Leben auf kommunistischer Grundlage zu organisieren, hätte zu den größten Mißerfolgen geführt. Die Fabrikation sei um 70 Prozent zurückgegangen und die Fabriken, die noch arbeiten, tun dies mit solchen Verlusten, daß sie außerstande seien, die Löhne zu bezahlen. Der Volkskommissar für Handel und Industrie, Krassin, der Führer der russischen Handelsdelegation in Kopenhagen, erklärte, das Leben habe sich als stärker erwiesen, als alle kommunistischen Theorien, und kein Sowjet sei imstande, das wirtschaftliche Leben Rußlands unter dem jetzigen Sowjetregime wieder hochzubringen. Lenin erklärte, in der Volkswirtschaft wie in der Industrie müsse man in der gleichen Weise vorgehen wie in der Armee. Die Leitung müsse in den Händen eines einzelnen liegen. Man müsse energisch darauf hinarbeiten, die Tätigkeit aller Betriebsräte einzuschränken und Trotzki verlangte, das die Industrie militarisiert werde. Der achtstündige Arbeitstag müsse bald durch den zehn- oder zwölfstündigen ersetzt werden. Die Arbeitspflicht müsse von der ganzen Bevölkerung erfüllt werden und diejenigen, die sich weigerten zu arbeiten, müßten als Deserteure bestraft werden.

Das Kinderelend in Sowjet-Rußland.

Miß Hettie Adams, die bekannte englische Frauenrechtlerin und Mitglied des englischen Roten Kreuzes, veröffentlicht in nachstehendem Artikel der Times ein erschütterndes Bild des Kinderelends, das sie in Moskau und Petersburg aus eigener Anschauung kennenlernte:

„Die Bolschewisten versichern, daß die Kinder in ihrem Reiche unter ihrem besonderen Schutze stehen und daß ihrer moralischen wie physischen Erziehung die größte Sorgfalt gewidmet werde. Tatsächlich sind das nur leere Worte. Aus den Schulen ist alle Ordnung und Disziplin geschwunden. Die Kinder bilden Komitees, worin sie bestimmen, was sie lernen wollen, und wählen auch selbständig ihre Lehrer. Erscheinen ihnen diese als unfähig, so können sie sie anstandslos entlassen. Oftmals haben die Lehrer Mitleid mit den unglücklichen, irregeleiteten Schülern, die das utopistische System an jedem Fortschritt hindert. Unter der Gefahr, verhaftet oder erschossen zu werden, erteilen sie den Kindern humane Ratschläge für ein ersprießliches Lernen.

Die Bolschewistenschulen sind „gemischte“. Die Kinder, Knaben und Mädchen, sind in ihrer sittlichen Führung von keiner Vorschrift abhängig. Das moralische Chaos ist ganz unbeschreiblich. Infolge ständig auftretender, ansteckender Krankheiten müssen die Schulen oft für Monate geschlossen werden. Die unglücklichen Kinder im Bolschewistenstaat altern vor der Zeit. In Ermangelung allen Heizmaterials herrscht in den Petersburger Zimmern nur 3 Grad Wärme. Da alle Leitungsröhren in den Häusern geplatzt sind, gibt es kein Wasser. Seife existiert überhaupt nicht. Wäsche und Kleider werden getragen, bis sie als Lumpen vom Leibe herabfallen.

Wenn die Kinder täglich eine kärgliche Mahlzeit erhalten, sind sie glücklich. Ihre bleichen, runzligen Gesichter reden die Sprache tiefsten Elends. Es sind keine Kinder, sondern vergrämte, dahinsiechende Wesen.

Krank und hungrig, in erbärmlichster Kleidung stehen sie stundenlang auf der Straße, um die kärgliche Ration zu erhalten. Mütter und Kinder stehen zusammen halbe Tage lang hungrig und frierend vor der Holzausgabe, um danach das vorgeschriebene Holzscheit — drei Fuß lang — nach Hause tragen zu können, das ihnen eine Stunde Wärme spendet.

Viele Kinder werden in Gefängnissen geboren, meistens von einst wohlhabenden Eltern. Ihre Lage ist noch entsetzlicher. Die Sterblichkeit der Kinder beträgt nach statistischen Daten im Bolschewistenstaat 75 Prozent.

Hierzu ist zu bemerken, daß auch diese Nachrichten, soweit sie amtlichen Ursprungs sind, als optimistisch gelten müssen. Trotzdem werden sie in den deutschen Zeitungen der Unabhängigen und Kommunisten nicht abgedruckt.

Inzwischen hat sich auch die Kommunistische Partei Deutschlands gespalten, eine Kommunistische Arbeiterpartei ist entstanden, die anscheinend noch radikaler vorzugehen beabsichtigt als die Mutterpartei.

Ergebnis:

Die Kommunisten sind ebenso wie die Unabhängigen belastet mit neuen radikalen Umsturzplänen und destruktiven (zerstörenden) Anschlägen auf Staat, Volk und Wirtschaft. An der Revolution und ihren Folgen haben sie ihr gerüttelt Maß an Schuld!

Die allgemeine Lage des deutschen Reiches zur Zeit der Reichstagswahlen 1920.

Das offiziöse Organ der deutschen Regierung, der Vorwärts, hat mehrfach mit schwer verständlichem Stolz mitgeteilt, die gegenwärtige deutsche Regierung habe das Vertrauen der Entente, die mit keiner anderen Regierung verhandeln werde. Das ist glaubhaft. Ein so leichtes Spiel für ihre Schikanen und Erpressungen wie bei der jetzigen deutschen Regierung hätte die Entente allerdings bei keiner anderen. Früher war es nicht Aufgabe einer deutschen Regierung, dem feindlichen Auslande zu gefallen, sondern den berechtigten Ansprüchen des eigenen Volkes zu genügen. Die Entente würde natürlich einer starken, aus staatsmännisch geschulten Köpfen bestehenden deutschen Regierung andere Zugeständnisse machen als die Trinkgelder, die sie der jetzigen hinwirft.

*

In der Auslieferungsfrage hochverdienter deutscher Heerführer und anderer Persönlichkeiten an die feindlichen Gerichte, in den sogenannten Schmachparagraphen hat die Entente insofern nachgegeben, als sie sich mit einer geringeren Schmach begnügte, nämlich damit, daß die von ihr auf die Aus-

lieferungsliste gesetzten deutschen Persönlichkeiten unter Kontrolle der Entente vor einem Sonderhof des Reichsgerichts in Leipzig abgeurteilt werden. Die sozialdemokratische Presse führt diesen „Erfolg“ auf die eigenen Parteigenossen und auf die „Demokratie“ in der Entente zurück, die dort bekanntlich ausgeschaltet ist. Es muß festgestellt werden, daß diese Behauptung objektiv unwahr ist. Der bescheidene Erfolg ist ganz ausschließlich auf das Aufbäumen des nationalen Geistes in Deutschland zurückzuführen, auf die starke Haltung der rechten Presse und der zahlreichen hinter ihr stehenden deutschen Männer und Frauen. Einen vollen Erfolg konnte die Willensäußerung des nationalen Geistes und Stolzes nicht haben, weil deren Vertreter bei den Verhandlungen mit der Entente nicht zugelassen waren.

*

Die deutsche Regierung hat durch ihre Beweise der Unfähigkeit im Innern und nach außen nicht so viel Kredit im Auslande, daß dem deutschen Reiche ein großer Auslandskredit eingeräumt wurde, ohne den eine wirtschaftliche Erholung nicht möglich ist. Alle Verhandlungen um solchen ausreichenden Geld- und Wirtschaftskredit sind vergeblich gewesen.

*

Trotz der Angst Frankreichs vor dem deutschen Bolschewismus hatte die französische Regierung zur deutschen nicht genügend Vertrauen, um ihr die militärische Besetzung im Ruhrgebiet, Ende März 1920, ohne anderweitige Sicherungen zu gestatten, damit dort gegen den deutschen Bolschewismus energisch vorgegangen werden konnte. Hier versagt also das gerühmte Vertrauen zur jetzigen Regierung, das nämlich nur vorhanden ist, wenn Deutschland etwas herausrücken soll. Die Besetzung des Ruhrgebiets durch die Entente genügt als Beweis hierfür.

*

Die Wahrheit über die Stellung der Entente zur jetzigen deutschen Regierung ist die Befriedigung der Entente darüber, mit keiner anderen deutschen Regierung verhandeln zu brauchen, solange es sich um die möglichst schonungslose Durchführung des Versailler Vertrages handelt. Einmal kommt ihr die Ideologie und die Unfähigkeit der jetzigen deutschen Regierung dabei zustatten und die Tatsache, daß diese deutsche Regierung ja den Versailler Vertrag unterschrieben hat, also viel weniger in der Lage ist, Schwierigkeiten zu machen

als eine neue, anders zusammengesetzte deutsche Regierung. Der Versailler Vertrag trägt bekanntlich die Unterschrift des jetzigen Reichskanzlers Müller. Im übrigen ist den imperialistisch gerichteten Ententestaaten eine sozialistische Regierung mit ihren phantastischen Versprechungen und Handlungen höchst unbequem, denn sie fürchten die Ansteckung. Dann wäre es nämlich mit Sicherheit und Ordnung und mit manchem anderen in den Ententestaaten vorbei.

*

Durch Streiks und Arbeitsunlust, durch Politisieren in den Betrieben ist die Produktion in Deutschland gegen den Friedenszustand im Durchschnitt gerechnet um die Hälfte gesunken, obwohl sie hätte verdoppelt werden müssen. Nur die Produktion der Notenpresse hat in rasendem Tempo zugenommen. Es sind jetzt rund 50 Milliarden gegen 4½ Milliarden im Frieden Banknoten im Umlauf. Die deutsche, einst so geachtete Valuta ist infolgedessen das Gespött der Welt, der Ruin Deutschlands geworden.

*

Durch politische und wilde Streiks ist die Autorität der Regierung und der freien Berufsorganisationen, die sich beide ohne jeden Einfluß auf ihre Anhänger zeigten, vollends erschüttert.

*

Die Sicherheit des einzelnen Staatsbürgers ist durch Überfälle in den Städten und auf dem platten Lande aufgehoben. Plünderungen, Raub, Diebstahl sind an der Tagesordnung. Nicht dem hundertsten Teil der gemeldeten Fälle vermögen die Sicherheitsorgane nachzugehen, so groß ist die Zahl der Verbrechen!

*

Die Sicherheit im großen ist ebenfalls beseitigt. Immer wieder lodert der Banden- und Bürgerkrieg mit politischer Beimischung auf. Man denke an die wiederholten Spartakusaufstände im Reiche, die politisch organisiert waren, und an die Märztage im Ruhrgebiet.

*

Die öffenliche Moral ist untergraben, Unsittlichkeit, Schiebertum, Wucherei, Betrug feiern Orgien. Der Glaube an Gott und die Menschheit ist erschüttert.

*

Die Volkshygenie hat aufgehört. Straßen und Plätze der Großstädte starren in Schmutz, sie sind gegen früher

nicht wiederzuerkennen. Die Haushaltungsabfälle werden wochenlang nicht abgeholt und nähren die Keime für Seuchen.

*

Beim Generalstreik werden Wasser-, Gas-, Elektrizitätsbetriebe nicht geschont. Kranke, die operiert werden müßten, gehen zugrunde, Unsauberkeit im Hause fördert zahlreiche Krankheiten.

*

Die Lebensmittelzufuhr ebenso wie die der nötigen Kohlen wird bei Streiks nicht gewährleistet. Die Ernährung, die Milchzufuhr für die Kinder werden unterbunden, die Lebensmittelpreise der verbleibenden geringen Vorräte steigen ins Ungemessene. Wucher- und Schiebertum werden so gefördert.

*

Das einst mustergültige deutsche Verkehrswesen ist ruinirt. Die Hälfte der Züge fahren nur, die Fahrpreise sind verfünffacht, die Unsauberkeit in den Bahnabteilen kann nicht mehr gesteigert werden. Von einer Pünktlichkeit der Züge ist nicht mehr die Rede, daher stocken Handel und Wandel.

*

Der Postbetrieb ist unerhört verteuert, dafür aber viel schlechter geworden. Ein Telegramm, das früher eine Stunde brauchte, kommt oft erst in zwei bis drei Tagen an, vielfach gehen einfache Briefe schneller. Das bedeutet bei allen geschäftlichen Benachrichtigungen einen Ausfall, unter dem die Allgemeinheit leidet. Mit dem Telephonverkehr ist es nicht viel besser, dafür ist er fast unerschwinglich teuer geworden.

*

Jede Autorität, die der Regierung, der Minister, in den einzelnen Ressorts, der Obleute in den Betrieben, der Organisationsleitungen, wie der Gewerkschaften etc., der eigentlichen Betriebsleitungen ist untergraben. Die wilde Agitation herrscht willkürlich. An die Stelle des Regierens, d. h. der Tat, ist das Wort getreten. Es wird geredet, immer wieder geredet, verhandeln nennt man das heute, es wird aber nicht gehandelt. Selbst mii der roten Armee im Ruhrgebiet, die von der Regierung als Banden und Plünderer bezeichnet wurde, fanden Verhandlungen statt. Dabei dürfte allerdings ausschlaggebend gewesen sein, daß eben der Ruhraufstand politisch organisiert war und die Regierung nicht wagte, mit der

Staatsgewalt gegen Genossen, gerade wenn sie weiter links stehen, vorzugehen. Das offizielle Zugeben einer politischen Organisation des Ruhraufstandes wäre allerdings den Reichstagswahlen, wie die Regierung sie wünscht, abträglich gewesen. Nun ist die politische Organisation unzweideutig erwiesen. Als das Spiel der Aufständischen verloren war, die rote Armee wegen Mangels an Geld, Nahrungsmitteln und einheitlicher Führung und aus Angst vor der Reichswehr in den Zustand der Auflösung verfiel, flehten selbst die Unabhängigen um Einrücken der Truppen, denn die ganze höchst peinliche Angelegenheit wäre mit den, von einer aufgelösten roten Garde zu erwartenden, vermehrten und vergröberten Untaten, den Unabhängigen auf der einen Seite, der Unfähigkeit und der Schwachheit der Regierung auf der anderen Seite gebucht worden, das ist gerechterweise trotz alledem geschehen.

*

Wie haben keine Volksregierung, sondern eine Parteiregierung, das lesen wir aus jedem Artikel, aus jedem Interview unserer heutigen Staatslenker, das hörten wir aus jeder ihrer Reden. Sie können es nicht besser. Wir sahen es deutlich und mit Entsetzen an der Behandlung der Vorgänge im Ruhrgebiet.

*

Die Regierung enthält bewußt alle, ihr Schalten und Walten in ungünstigem Sinne beleuchteten Tatsachen der Öffentlichkeit vor. Ein Schulbeispiel dafür bietet ebenfalls der Aufstand im Ruhrgebiet, über den harmlose offiziöse Berichte und Informationen erschienen, obwohl es sich dabei um Mordbrennerei, Plünderungen, Bestialitäten, Bankberaubungen handelte, die der Regierung rechtzeitig mit flehentlichen Bitten um Truppenhilfe, gemeldet wurden. Die Regierung handelte nicht — sie verhandelte.

*

Den Gipfelpunkt der Parteiregierung erklomm der erste Beamte des Reichs, der Reichskanzler Hermann Müller, als er schließlich gezwungen war, die ungeheuerlichen Zustände im Ruhrgebiet öffentlich zuzugeben. Am 31. März 1920 gestand der Reichskanzler vor den Vertretern der Berliner Presse die furchtbare Lage im Ruhrgebiet, Plünderungen, Erschießung Arbeitswilliger in den Straßen, Anwesenheit russischer Bolschewisten, also politische Leitung, ein und entschuldigte sein ablehnendes Verhalten gegenüber den zahlreichen Not-

schreien, die, wie er nun zugestand, rechtzeitig zu ihm gedrungen waren, mit folgenden Worten:

„Bis gestern abend habe ich diesen Notschreien gegenüber eine gewisse Reserve beobachtet, da sie nur aus Kreisen der bürgerlichen Parteien und der Christlichsozialen kamen. Nun sind aber heute morgen Vertreter der Essener Mehrheitssozialdemokraten bei uns gewesen und haben uns all das bestätigt, was uns aus bürgerlichen Kreisen vorher mitgeteilt war."

So etwas kann man nur glauben, wenn man es aus dem Munde des obersten Reichsbeamten gehört. Was aus Bürgern oder christlich-sozialen Arbeitern wird, scheint dem Reichskanzler gleichgültig zu sein, erst, wenn es den eigenen Genossen und sogar den Unabhängigen, mit denen man es beileibe nicht verderben darf, heiß wird — ja, dann ist es natürlich etwas ganz anderes. Das nennt man Demokratie, Regierung und regieren. Das Ausland muß vergehen vor Neid, daß Deutschland ganz allein über eine so hervorragende Leitung und Staatsmaschinerie verfügt — ganz allein auf der ganzen Welt.

*

Die deutsche Regierung, die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Demokratie stellen in Abrede, daß es in Deutschland zurzeit Bolschewismus gebe. Ob sie ihn nicht sehen wollen oder ihn tatsächlich nicht sehen, muß dahingestellt bleiben, beides ist in der Wirkung gleich verderblich und wirft auf die regierenden Parteien ein schlechtes Licht. Allerdings wirft es auch ein schlechtes Licht auf die regierenden Parteien, daß der Bolschewismus tatsächlich in Deutschland lebt, daß wir uns mitten darin befinden. Die Willkür der Preise, die Wucherer und Schieber festsetzen dürfen und erzwingen, die Verschleuderung von Staatsgut, die uns schon mehrere hundert Millionen gekostet und keineswegs aufgehört hat, die öffentliche Unsicherheit, Diebstahl, Mord, Raub, verfassungswidrige Machterpressung der Gewerkschaften und der Angestelltenverbände, Grabschändung, Denkmalsverstümmelungen, wilde Streiks, Wasser- und Gasverweigerung an die Bevölkerung, Staats- und Gemeindekassen-Erpressung, diese täglichen Erscheinun-

ichts als Bolschewismus, der in den Vorgängen
die politisch seit langem organisiert wurden, nur
m annahm, als eine Fortsetzung und Entwik-
nen mußte, weil die Grundlagen des Bolschewis-
rem heutigen Regime längst zur dauernden Ein-
tschland geworden sind.

*

wie nur immer geartete gewalt-
rung dieser furchtbaren Zustände im
vorstehend nur ausschnittweise ge-
werden konnten, auf das entschie-
elehnt werden muß, können nur die
zettel uns helfen und retten!

Wahlanleitung.

finden nur rein praktische Mitteilungen auf Grund des
neuen Wahlgesetzes Platz.)

Wahlen zum Reichstage sind allgemein, gleich,
lbar und geheim nach den Grundsätzen der
wahl. Wahlberechtigt sind alle deutschen
Frauen, die am Wahltage das 20. Lebensjahr
und Reichsangehörige sind. Wer zur
eitet, muß also spätestens im Jahre 1900 am
Wahltages geboren worden sein. Ausgeschlos-
er Wahl ist:
ntmündigt ist, oder unter vorläufiger Vormund-
eistigen Gebrechens unter Pflegschaft st
durch Richterspruch die bürg

Wählen kann nur, wer in eine Wä
Wahlkartei eingetragen ist oder einen W
Der Wähler kann nur in dem Wahlb
in dessen Wählerliste oder Wahlkarte
ist. Inhaber von Wahlscheinen können in
Wahlbezirke wählen. (Wahlscheine kommen für
beamte, Postbeamte, Kranke in
usw. in Betracht.)

Jeder Wähler darf nur eine Stimme und
für ihn maßgebenden Stimmbezirk abgeben.
schweren körperlichen Gebrechen dürfen sich de
Vertrauensperson bei Einlegung des Stimmzette
umschlag und bei dessen Übergebung an den
bedienen.

Eine besondere Einladung zur Wahl erfolgt nicht, di
lichen Bekanntgaben über Zeit, Wahllokal usw. sind maßgeb

Der Wahlvorsteher ist berechtigt, von den erschein
Wählern eine Legitimation zu verlangen. Wohnungsan
auf der Legitimation empfiehlt sich.

Den Wahlumschlag erhält der Wähler im Wahl
Das Hineinstecken des Wahlzettels geschieht in der Wah
so daß dritte Personen diesen Akt nicht beobachten können

Es ist praktisch, wenn sämtliche Haushal
zugehörigen gleichzeitig zur Wahl ers
dadurch das Nachschlagen in den Wählerlisten
Die Wählerlisten sind nach Straßen und Hausnu

Jeder erscheine so früh als möglich
damit der Andrang in den bequemen, üblichen
nicht zu groß wird.

Über die Wahlzettel erlassen die einzeln
rechtzeitig Veröffentlichungen, deren Inhalt gena
zu befolgen ist, damit die abgegeben
keit verfällt.